



Business Planner

CHRISTIANE HOLZINGER



NEUES AB 2020

MASSNAHMEN VOR
JAHRESENDE 2019

FOKUS UNTERNEHMER

KLIENTEN-JAHRESINFO

2019/2020

Über Uns



UNSERE VISION

Unsere Vision ist es, aus der Steuerberatung einen Beratungsbereich zu machen, der einem freundlichen, kompetenten und auch freundschaftlichen Image entspricht. Wir kommunizieren mit Ihnen gerne auf verschiedenste Art und Weise, um auch den Unternehmer von heute gerecht zu werden. Da unsere Kunden nicht nur in Kärnten oder in Wien, sondern im gesamten Bundesgebiet und auch im Ausland sitzen, legen wir sehr viel Wert auf flexible Terminvereinbarungen und Kommunikationsmittel fernab vom klassischen Telefon- oder Emailverkehr. Zeitgerechtes, punktgenaues und schnelles Agieren stehen ganz oben auf unserer Prioritätenliste.

UNSERE MISSION

Unsere Mission ist es, Ihnen tagtäglich Ihren unternehmerischen Alltag zu erleichtern. Wir sind Ihre Anlaufstelle für alle betriebswirtschaftlichen Anfragen. Wir möchten Sie als Unternehmer freispielen, damit Sie sich auf Ihre Kernkompetenzen konzentrieren können. Unsere Mission ist es aber auch, Ihnen Spaß an Zahlen, an der Aufbereitung, Dokumentation und am Verstehen von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu vermitteln. Zusätzlich möchten wir Ihnen jeglichen Druck von behördlichen Angelegenheiten, Fristen oder auch Abgabenprüfungen nehmen. Wir lieben unseren Job und möchten Ihnen mit Leichtigkeit jeden Tag vermitteln, dass wir Sie auf Ihrem unternehmerischen Weg begleiten.

Vorwort

Liebe Klientinnen und Klienten!

Ein teils turbulentes Jahr 2019 geht langsam zu Ende. Während aufgrund der politischen Veränderungen, weitreichende Schritte aus der ursprünglich groß angelegten Steuerreform noch abzuwarten sind, wurden dennoch Teile davon im September im Nationalrat beschlossen und sind zum Großteil ab dem Jahr 2020 wirksam.

Wir möchten Ihnen mit der vorliegenden Klienten-Jahresinfo nicht nur einen kompakten und informativen Überblick über die zu erwartenden Änderungen ab 2020 geben, sondern Sie auch über noch sinnvolle Maßnahmen informieren, die Sie noch im laufenden Jahr setzen können, um die Steuerlast zu optimieren. Darüber hinaus haben wir viele weitere interessante und informative Themen für Unternehmer aus den Bereichen Arbeitnehmer, Umsatzsteuer und Immobilien zusammengestellt.

Aus heutiger Sicht können die kommenden Entwicklungen nicht gänzlich abgeschätzt werden. Eines aber ist klar: die unternehmerischen Aufgaben sind und bleiben vielfältig und herausfordernd. Damit Sie sich voll und ganz auf Ihr Unternehmen und Ihre Geschäftsentwicklung konzentrieren können, stehen wir Ihnen als verlässlicher Partner in allen Steuer- und Wirtschaftsfragen zur Seite und erarbeiten gemeinsam individuelle und nachhaltige Steuerkonzepte und Lösungen.

Selbstverständlich möchten wir auch die Gelegenheit wahrnehmen, uns bei Ihnen in aller Form für Ihr Vertrauen in uns zu bedanken und freuen uns auf eine ebenso erfolgreiche und partnerschaftliche Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

Wir wünschen Ihnen bereits heute Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr und freuen uns Sie im Jahr 2020 gesund und gut erholt wiederzusehen!

Mag. Christiane Holzinger

sowie das gesamte Team

P.S. Auf unserer Webseite www.360planner.at können Sie sich über unser Dienstleistungs-Portfolio informieren und finden dort auch aktuelle Steuerinformationen sowie einen umfangreichen Service-Bereich mit nützlichen Downloads. Zusätzlich möchten wir Ihnen noch unseren eigenen Youtube-Channel 360*TaxTV wärmstens ans Herz legen: kurze, knackige Info-Videos zu aktuellen Steuerthemen!



1	Maßnahmen vor Jahresende 2019	5
1.1	Für Unternehmer	5
1.2	Für Arbeitgeber	8
1.3	Für Arbeitnehmer	9
1.4	Für alle Steuerpflichtigen	10
2	Neues ab 2020	11
2.1	Steuerreform 2020	11
2.2	Meldepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungen (DAC 6)	13
3	Fokus Unternehmer	15
3.1	Steuerkontrollsystem als Voraussetzung für die Begleitende Kontrolle	15
3.2	Geschäftsführerüberlassung im Konzern – keine Mehrfachbelastung mit Sozialversicherungsbeiträgen	17
3.3	Hinzurechnungsbesteuerung und „Methodenwechsel neu“ für Passiveinkünfte niedrigbesteuertter Körperschaften	18
3.4	Bonitätsprüfung bei einem Gesellschafterverrechnungskonto	20
3.5	Veräußerung einer internationalen Schachtelbeteiligung ist kein endgültiger Vermögensverlust	21
3.6	Nutzendokumentation bei konzerninternen Dienstleistungen	22
4	Fokus Umsatzsteuer	24
4.1	Wichtige umsatzsteuerliche Änderungen bei Gutscheinen seit 1.1.2019	24
4.2	VwGH zur Kleinunternehmerregelung für beschränkt Steuerpflichtige	25
4.3	Pauschalentgelt für Zeitungsabonnement und Vignette ist aufzuteilen	26
4.4	Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	26
5	Fokus Arbeitnehmer	29
5.1	Steuerliche Behandlung eines Kostenbeitrags des Arbeitnehmers zum Firmen-PKW	29
5.2	Abzugsfähigkeit eines Arbeitszimmers bei einer angestellten Produktmanagerin	29
5.3	VwGH zur Jahressechsteloptimierung von Jahresprämien	30
5.4	VwGH zur steuerlichen Geltendmachung von Studienreisen und Sprachkursen im Ausland	31
5.5	Absetzbarkeit der Kosten eines Jusstudiums als Ausbildungsmaßnahme	32
5.6	Mehrfache Konventionalstrafe als Abschreckung beim gemeinsamen Abwerben von Kollegen	32
6	Fokus Grundstücke und Immobilien	33
6.1	Liebhaberei bei der großen und kleinen Vermietung	33
6.2	Unbeschränkte Steuerpflicht für Hauptwohnsitzbefreiung	35
6.3	Vorübergehende Abmeldung des Hauptwohnsitzes – Auswirkungen auf Hauptwohnsitzbefreiung	36
6.4	Immobilienvererbssteuer – Aufgabe des Hauptwohnsitzes als zwingende Voraussetzung	37
6.5	Wirtschaftliche Belastung nicht maßgeblich für Hauptwohnsitzbefreiung	37
6.6	Keine Herstellerbefreiung für den Rechtsnachfolger bei unentgeltlichem Erwerb	38
6.7	Vorvertrag ist für die Immobilienvererbssteuer unbeachtlich	38
7	Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze	39
7.1	Sozialversicherungswerte 2020	39
7.2	Größenklassen für Kapitalgesellschaften	40
7.3	Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Beschwerdezinssatz	40
8	Steuertermine 2020	41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2019

Der näher rückende Jahreswechsel sollte zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Dies bietet mitunter **erhebliche positive Steuereffekte**. Voraussetzungen sind die geforderte **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50% und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter **Gruppenantrag**. Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der Gruppenantrag bis spätestens **31.12.2019** einzubringen, damit er noch Wirkung für die **Veranlagung 2019** entfaltet. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Unternehmensgruppe (etwa weil eine neue Beteiligung am 1.1.2019 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14%** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende In-

vestitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen inländischen Auftragnehmer handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 13% des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis ein Grundfreibetrag von 13%** (somit 3.900 €) zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen, Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur der Grundfreibetrag** zu. Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben der Steuerbelastung auch die Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne ab 175.000 € **reduziert** und beträgt zwischen 175.000 € und 350.000 € 7%, zwischen 350.000 € und 580.000 € nur mehr 4,5%, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt der Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 45.350 €**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach dem 30.6.2019** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2019 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. 400 €) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. Ab 2020 wird die Grenze bei geringwertigen Wirtschaftsgütern auf 800 € erhöht, sodass unter Umständen Anschaffungen von Anlagen mit einem Preis zwischen 400 € und 800 € besser in das Jahr 2020 verschoben werden sollten. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie wirtschaftlich gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte **„stehen gelassene Forderungen“**, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Die Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **30.000 €** möglich. Seit 1.1.2017 müssen für die Kleinunternehmergrenze **bestimmte steuerfreie Umsätze** (z.B. aus ärztlicher Tätigkeit oder als Aufsichtsrat) **nicht mehr berücksichtigt** werden. Maßgebend für die Kleinunternehmerbefreiung ist, dass das Unternehmen im Inland betrieben wird. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese Grenze im Jahr 2019 zu überschreiten, sollten – sofern möglich – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2020 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze. Ab 1.1.2020 erhöht sich die Kleinunternehmergrenze übrigens auf 35.000 €.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 30.000 €, Einkünfte unter 5.361,72 €) können eine GSVG-Befreiung für 2019 bis **31. Dezember 2019** beantragen. Berechtig sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den letzten 5 Jahren nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch während des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine monatliche Grenze von 446,81 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 2.500 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.19** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2012**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen im Zusammenhang mit **Grundstücken** beträgt auch **22 Jahre**, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmer-

merischen Nutzung des Grundstückes ab **01.04.2012** begonnen wurde. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen sowie an Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10%** des Gewinnes des laufenden Wirtschaftsjahres Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, steuerlich geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und, dass die Spende im Jahr 2019 geleistet wurde und nachgewiesen werden kann. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das Maximum von 10% des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen müssen zum Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50%** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer entsprechenden Bedeckung noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2014** hat bis spätestens 31.12.2019 zu erfolgen. Gerade für **Dienstleistungsunternehmen** mit hohem Energieverbrauch, die seit 2011 von der Energieabgabenrückvergütung ausgeschlossen waren, gibt es durch ein **EuGH-Urteil** aus dem Sommer 2016 wieder Chancen auf eine (rückwirkende) **Erstattung**. Das Finanzministerium wehrt sich allerdings weiterhin dagegen und hat eine **Amtsrevision beim VwGH** eingebracht, welcher seinerseits wiederum einen **Vorlageantrag** beim **EuGH** eingebracht hat. Zur Sicherung der Ansprüche sollten jedenfalls entsprechende Anträge gestellt werden.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- » Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;

- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, nicht aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- » **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- » Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 4,40 € pro Arbeitstag;
- » Zuschuss für Kinderbetreuungskosten 1.000 € (pro Kind);
- » **Mitarbeiter rabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20% sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- » **Mitarbeiterbeteiligung**: für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Unternehmensanteilen an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.19** entrichtet werden, damit sie 2019 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen.

Arbeitnehmerveranlagung 2014 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2014** läuft die Frist am 31.12.2019 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des Freibetragsbescheids noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nicht ganzjährige Beschäftigung**. Wurden Alleinerdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag samt Kinderzuschlag beim Arbeitgeber nicht entspre-

chend berücksichtigt, so kann eine nachträgliche Beantragung über die **Arbeitnehmerveranlagung** (Formular L1) oder durch einen **Erstattungsantrag** mittels Formular E5 (wenn keine lohnsteuerpflichtigen Einkünfte vorliegen) erfolgen.

Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen bei Mehrfachversicherung

Wurden im Jahr 2016 aufgrund einer **Mehrfachversicherung** über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Beiträge entrichtet, ist ein **Antrag auf Rückzahlung der Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge** bis 31.12.19 möglich. Für Pensionsbeiträge ist die Rückerstattung an keine besondere Frist gebunden. Rückerstattete Beiträge sind im Jahr der Rücküberweisung grundsätzlich **einkommensteuerpflichtig**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

(Topf-)Sonderausgaben

Die Absetzbarkeit der sogenannten Topfsonderausgaben wurde zuletzt stark eingeschränkt. Lediglich für **vor dem 1.1.2016 abgeschlossene Versicherungsverträge** (bzw. begonnene Sanierungsmaßnahmen oder aufgenommene Darlehen für Wohnraumsanierung) können die Topfsonderausgaben **noch bis 2020** abgesetzt werden. Die im Rahmen dieser Höchstbeiträge (2.920 € zuzüglich weiterer 2.920 € für Alleinverdiener) geltend gemachten Ausgaben wirken sich nur mit einem **Viertel steuermindernd** aus. Bei einem Jahreseinkommen zwischen **36.400 € und 60.000 €** reduziert sich der absetzbare Betrag gleichmäßig bis auf **den Pauschalbetrag von 60 €**.

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können Steuerberatungskosten jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 400 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10% des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen, Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10% des Gesamtbeitrags der Einkünfte**. Die im Jahr 2019 getätigten Spenden brauchen nicht in die Arbeitnehmerveranlagung eingetragen werden, sondern werden grundsätzlich von den Spendenorganisationen **direkt** an das **Finanzamt gemeldet**.

KESt-Optimierung bei Wertpapieren

Seit Einführung der „**Kapitalbesteuerung neu**“ unterliegen neben Wertpapiererträgen auch **Kursgewinne** von Neubeständen – unabhängig von der Behaltdauer – der **Besteuerung mit 27,5%**. Im Ausgleich dazu werden regelmäßig **Kursverluste** automatisch gegengerechnet, sodass im Endeffekt der **Saldo aus Erträgen** („Früchte“ wie z.B. Dividenden und Anleihezinsen), **Kursgewinnen und Kursverlusten** („Stamm“ aus Neubeständen) der **27,5%igen Besteuerung unterworfen** wird. Ein **Verlustvortrag** ist **nicht möglich**. Durch **gezielte Realisierungen** zum Jahresende hin kann die steuerliche Optimierung insoweit erfolgen als versucht wird, diesen **Saldo möglichst auf null** zu stellen. So kann etwa die vorgezogene Verlustrealisation aus Aktienpositionen des Neubestands in Betracht gezogen werden, wenn ein **KESt-Plus** aus den laufenden Erträgen oder Kursgewinnen vorliegt, da ja bei erwarteter positiver Kursentwicklung betriebswirtschaftlich **neuerdings** in dieses Papier investiert werden kann. Genauso können **Kursgewinne verwirklicht** werden, um einen bestehenden **Verlustüberhang** aus Veräußerungsverlusten zu nutzen.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2019 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämienbegünstigten Ausmaß von **2.825,60 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (122,19 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2019 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).



2 Neues ab 2020

2.1 Steuerreform 2020

Die „**Steuerreform 2020**“ (Steuerreformgesetz 2020) wurde im September 2019 im **Nationalrat beschlossen**. Die ausgewählten dargestellten Maßnahmen beziehen sich auf den ersten Teil der ursprünglich groß angelegten Steuerreform und bringen zum Großteil **ab dem Jahr 2020 Änderungen**. Die Umsetzung weitreichender Schritte, wie die **Tarifsenkungen** bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer oder die Vereinfachung und Modernisierung des Einkommensteuergesetzes (**ESTG 2020**), bleibt abzuwarten.

Entlastung für Geringverdiener

Mehrere Maßnahmen sollen eine **Entlastung für Geringverdiener** bringen. Neben einer **Negativsteuer** durch eine höhere **Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge** (zusätzlich zur Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge kann auch ein „**Sozialversicherungsbonus**“ von 300 € gewährt werden) soll auch eine **Erhöhung des Verkehrsabsatzbetrags** dazu beitragen. Der Verkehrsabsatzbetrag erhöht sich um 300 €, wenn das Einkommen im Kalenderjahr nicht 15.500 € übersteigt. Bei Einkommen zwischen 15.500 € und 21.500 € vermindert sich der Zuschlag gleichmäßig einschleifend auf Null. Überdies wird der **Pensionistenabsatzbetrag** um 200 € **erhöht**.

Große Änderungen für Kleinunternehmer

Neben der **Erhöhung der Kleinunternehmergrenze** für umsatzsteuerliche Zwecke auf **35.000 €** (Nettogrenze) von bisher 30.000 € bringt die Steuerreform 2020 auch eine zusätzliche **Pauschalierung** in der Einkommensteuer, sofern selbständige Einkünfte oder Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielt werden. Für die Höhe der pauschalen Ausgaben sind lediglich die **Umsatzhöhe und die Branche** ausschlaggebend. Die **Ausgaben** können im Normalfall mit **45% der Umsätze** angenommen werden. Da **Dienstleistungsbetriebe** typischerweise im Verhältnis zum Umsatz eine geringere Kostenbelastung aufweisen, sind hierbei **pauschale Ausgaben** i.H.v. **20% der Umsätze** vorgesehen. Wesentliche Folgen der Vereinfachung sind, dass neben den pauschalen Betriebsausgaben **keine weiteren Ausgaben** mehr berücksichtigt werden können, wohl aber der **Grundfreibetrag** geltend gemacht werden kann. Ebenso abzugsfähig sind Beiträge in der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung und vergleichbare Ausgaben. **Administrative Erleichterungen** sind vorprogrammiert, da für die Gewinnermittlung **weder Wareneingangsbuch noch Anlagenkartei** erforderlich sind.

Senkung des Krankenversicherungsbeitrags für Selbständige und Landwirte

Der **Krankenversicherungsbeitrag** wird für diese Gruppe um **0,85%** der Beitragsgrundlage **abgesenkt** – die damit zusammenhängenden Kosten werden vom Bund getragen. Der Krankenversicherungsbeitrag für Selbständige und Landwirte beläuft sich demnach auf nur mehr 6,8%.

Verdoppelung bei GWGs

Die Grenze für die **Sofortabschreibung** von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (GWG) wird von 400 € auf **800 € verdoppelt**, wodurch es neben **Investitionsanreizen** auch zu Vereinfachungen kommen dürfte, da das Führen eines Anlagenverzeichnisses vermehrt wegfallen sollte.

Pensionsanpassungsgesetz bringt gestaffelte Pensionserhöhung

Das **Pensionsanpassungsgesetz 2020** führt zu einer gestaffelten Pensionserhöhung. Pensionen bis 1.111 € brutto werden um 3,6% steigen (auch Ausgleichszulage und Opferrenten). Bis zu einer Höhe von 2.500 € erfolgt eine schrittweise Absenkung bis auf den gesetzlichen Inflationswert von 1,8%. Auf übrige Pensionen kommt der gesetzliche Anpassungsfaktor von 1,8% zum Tragen, wobei ein Deckel

von 94 € für Gesamtpensionen über 5.220 € eingezogen wurde. Außertourlich wird außerdem die **Ausgleichszulage für Ehepaare** angehoben (im Jahr 2020 steigt sie von 1.398,97 € auf 1.472 €).

Senkung der Umsatzsteuer bei E-Books

Für **elektronische Publikationen** kommt der **ermäßigte Umsatzsteuersatz** von **10%** zur Anwendung. Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass das elektronische Medium nicht vollständig oder im Wesentlichen (audio)visuelle Inhalte (z.B. Videos) oder Interaktionsmöglichkeiten aufweist (wie etwa ein Routenplaner). **Hörbücher** unterliegen übrigens auch dem ermäßigten Steuersatz von 10%.

Sondervorschriften für hybride Gestaltungen

Zu Klarstellungen bzw. **Verschärfungen** kommt es auch im Zusammenhang mit **hybriden Gestaltungen** – Ausgangspunkt dafür ist die „Anti-Tax Avoidance Directive“ (ATAD). Grundtenor hierbei ist, dass sogenannte **Steuerdiskrepanzen neutralisiert** werden sollen, indem in Österreich der **Abzug von Aufwendungen** als (Betriebs)Ausgaben **versagt** wird oder eine **Zahlung** als (Betriebs)**Einnahme zu erfassen** ist. Eine **Steuerdiskrepanz** liegt bei einem **Abzug ohne korrespondierende Einnahme** (d.h. Steuerabzug in einem Staat und keine steuerliche Erfassung der korrespondierenden Erträge in einem anderen Staat) oder bei einem **doppelten Abzug** vor. Ein doppelter Abzug ist dann gegeben, wenn dieselben Aufwendungen in mehr als einem Staat abzugsfähig sind. Kernelement dieser Sondervorschriften ist freilich die Existenz einer **hybriden Gestaltung**. Hierbei wird zwischen hybridem **Finanzierungsinstrument**, hybrider Übertragung, hybridem **Unternehmen** (Beurteilung der Steuersubjektivität des Zahlers oder Zahlungsempfängers), hybrider **Betriebsstätte** (Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen zu einer Betriebsstätte) und einer **unberücksichtigten Betriebsstätte** differenziert. Im Sinne der **Wahrung der Verhältnismäßigkeit** soll gegen eine **Steuerdiskrepanz** nur dann vorgegangen werden, wenn sich diese **im Rahmen** einer solchen **hybriden Gestaltung** ergibt.

2.2 Meldepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungen (DAC 6)

Wenngleich die **Meldepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungen** schon längere Zeit bei betroffenen Unternehmen und auch Intermediären wie z.B. Steuerberatern für leichtes Unbehagen sorgt, wird dieses Thema im Jahr 2020 wohl erst richtig virulent werden. Nachdem im **Juni 2018** die geänderte **EU-Amtshilfe-Richtlinie** in Kraft getreten ist, erfolgte die **Umsetzung in Österreich** mit dem „**EU-Meldepflichtgesetz**“.

Vom **Zeithorizont** betrachtet besteht **Meldepflicht ab dem 1. Juli 2020**, wobei die Meldungen rückwirkend alle **relevanten Steuergestaltungen** zwischen **25. Juni 2018 und 1. Juli 2020** erfassen müssen. Daher ist es ratsam, dass auch bereits frühere relevante Sachverhalte entsprechend dokumentiert werden. Oberste Zielsetzung dieser Meldeverpflichtung liegt in der **Eindämmung von Steuervermeidung** und **aggressiver Steuerplanung**, wobei mehr als ein EU-Mitgliedstaat bzw. ein EU-Mitgliedstaat und ein Drittland betroffen sein müssen.

Während die EU-Richtlinie die meldepflichtigen Gestaltungen in sogenannte „**Hallmarks**“ einteilt, unterscheidet das **EU-Meldepflichtgesetz** zwischen **unbedingt meldepflichtigen Gestaltungen** und **bedingt meldepflichtigen Gestaltungen**. **Unbedingt meldepflichtige** Gestaltungen umfassen z.B. mehrfache Abschreibungen desselben Vermögenswertes, Übertragung von Vermögen zur Nutzung von **unterschiedlichen Bewertungsvorschriften**, die Nutzung unilateraler Safe-Harbor-Regeln und die Übertragung von schwer zu bewertenden immateriellen Vermögenswerten oder – ebenso im Rahmen der Verrechnungspreise – **Funktionsverlagerungen**, sofern das erwartete EBIT über einen 3-Jahres-Zeitraum durch die Funktionsverlagerung weniger als 50% des EBITs beträgt, das erwartet worden wäre, wenn die Übertragung nicht stattgefunden hätte. Bei den **bedingt meldepflichtigen** Gestaltungen ist für eine Mitteilungspflicht maßgebend, dass der **Hauptvorteil** oder einer der Hauptvorteile der Gestaltung in der **Erlangung eines Steuervorteils** liegt (sogenannter „Main benefit test“). Ist dies der Fall, so müssen u. A. folgende (ausgewählte) Gestaltungen gemeldet werden:

- » Steuervorteilabhängiges Honorar,
- » Standardisierte Gestaltung,
- » Mantelkauf (Erwerb einer Gesellschaft zum Zwecke der Verlustnutzung),
- » Abzugsfähige Zahlungen an Empfänger, die keiner oder nahezu keiner Körperschaftsteuer unterliegen oder einem präferentiellen Steuerregime unterliegen.

Da konkrete Gestaltungen und Aktivitäten aus dem täglichen Geschäftsleben nicht immer zweifelsfrei in Meldepflicht und Nichtmeldepflicht unterschieden werden können, werden weitere Hinweise durch das österreichische BMF, wie z.B. eine „**Whitelist**“ mit nichtmeldepflichtigen Gestaltungen, sehnlichst erwartet.

Wenn Meldepflicht für ein bestimmtes grenzüberschreitendes Steuermodell gegeben ist, so müssen – zumeist vom „**Intermediär**“ – bestimmte Informationen der Steuerbehörde offengelegt werden. Dies umfasst z.B. eine **Beschreibung der** meldepflichtigen grenzüberschreitenden **Gestaltung**, den **Wert des** meldepflichtigen **Steuergestaltungsmodells**, eine Übersicht zu den von dem konkreten Steuermodell betroffenen Mitgliedstaaten und das **Datum der Ausführung** des ersten Umsetzungsschritts des Modells. **Vorsicht** ist geboten, da die Meldung an die Steuerbehörden von den Intermediären **innerhalb von 30 Tagen** vorgenommen werden müssen. Die **Meldefrist** beginnt nicht nur mit der Durchführung des Modells zu laufen, sondern **bereits** auch dann, wenn das ausgearbeitete **Modell** zur Verfügung gestellt worden ist oder der **erste Schritt** des Modells **umgesetzt** worden ist. In Österreich hat die Meldung regelmäßig via FinanzOnline zu erfolgen. Die Mitgliedstaaten teilen daraufhin die offengelegten Informationen automatisch über ein Zentralverzeichnis mit allen anderen Mitgliedstaaten.

Erfolgt **keine Meldung** (oder nur eine unvollständige), werden Meldefristen verletzt, unrichtige Informationen gemeldet etc., so kann eine **Finanzordnungswidrigkeit** vorliegen. Die damit zusammenhängenden **Geldstrafen** belaufen sich bei **Vorsatz** auf bis zu 50.000 € und bei **grober Fahrlässigkeit** auf bis zu 25.000 €. Eine Befreiung durch **Selbstanzeige** ist **nicht möglich**.

3 Fokus Unternehmer

3.1 Steuerkontrollsystem als Voraussetzung für die Begleitende Kontrolle

Die „**Begleitende Kontrolle**“ ist aus dem **Pilotprojekt „Horizontal Monitoring“** hervorgegangen und stellt die mit dem **Jahressteuergesetz 2018** eingeführte **Alternative** zu ex-post **Betriebsprüfungen** dar. Die begleitende Kontrolle ist durch den permanenten **Dialog** und die rechtzeitige **Abstimmung** zwischen **Finanzverwaltung** und dem kooperativen und transparenten Unternehmen gekennzeichnet (z.B. müssen mindestens viermal pro Kalenderjahr Besprechungen stattfinden) und soll bei dem Unternehmen zu größerer **Planungs- und Rechtssicherheit** beitragen. Vorteilhaft erscheint überdies, dass es für das Unternehmen bzw. die teilnehmenden Unternehmen im Rahmen eines sogenannten **Kontrollverbunds** dann nur noch **einen** zuständigen **Ansprechpartner** seitens der **Finanzbehörden** geben soll. Eine **wesentliche Voraussetzung** neben der Überschreitung von **40 Mio. € Umsatzerlösen** in den beiden dem Antrag vorangehenden Wirtschaftsjahren liegt in dem **Vorhandensein eines Steuerkontrollsystems (SKS)** im Unternehmen. Das **SKS** muss durch das **Gutachten eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers bestätigt** werden und ist ein wesentlicher **Bestandteil des Antrags** auf Begleitende Kontrolle.

Ein **Steuerkontrollsystem** kann abgesehen von der Voraussetzung für die Teilnahme an der Begleitenden Kontrolle **Vorteile** für das Unternehmen bringen, da es etwa auch in **finanzstrafrechtlicher Hinsicht ein Präventionsinstrument** darstellen kann. Allerdings wird ein SKS meistens **nicht isoliert** eingeführt, sondern stellt typischerweise einen Teil eines umfassenden internen Kontrollsystems dar. Folglich sind im Sinne einer Schnittstelle die **Abhängigkeit von Vorsystemen**, wie etwa der Buchhaltung, nicht zu unterschätzen und überhaupt die **Relevanz** der umfassenden **innerbetrieblichen Verankerung** des SKS zu betonen.

Die Begleitende Kontrolle ist mit **1.1.2019 in Kraft getreten** und wird durch die **SKS-Prüfungsverordnung** konkretisiert. Die Verordnung beinhaltet Aussagen zur Systematik der Gutachtenerstellung, zum Gutachten selbst (Aufbau, Mindestinhalte usw.) wie auch zur Beschreibung/Dokumentation des SKS. Ergänzende Materialien bietet ein Fachgutachten von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zur Erstellung eines Gutachtens zum SKS.

Das Steuerkontrollsystem umfasst die folgenden 7 Grundelemente:

1. Das Kontrollumfeld;
2. die Ziele des SKS;
3. die Beurteilung der steuerrelevanten Risiken;
4. die Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen;
5. die Informations- und Kommunikationsmaßnahmen;
6. die Sanktions- und Präventionsmaßnahmen;
7. die Maßnahmen zur Überwachung und Verbesserung.

Das Kontrollumfeld ist allgemein gehalten definiert und umfasst das „nachweisliche Bekenntnis zur **Steuerehrlichkeit**“ und die Zielsetzung „**keine missbräuchliche Gestaltung**“ vorzunehmen. Wichtig

dabei ist auch, dass die Steuerehrlichkeitsstrategie in konkrete **operative Maßnahmen umgesetzt** wird und auch mit den anderen Zielen des Unternehmens abgestimmt ist. Oftmals ist das **Kontrollumfeld** durch die **Grundeinstellung**, das Problembewusstsein und die Verhaltensweisen des Unternehmers selbst bzw. der obersten Führungsebene geprägt.

Die **Ziele** und somit das Herzstück des Steuerkontrollsystems bestehen darin, dass die **Bemessungsgrundlage** für die jeweilige **Abgabenart** korrekt ausgewiesen wird und in Folge die anfallenden Steuern termingerecht und in der richtigen Höhe abgeführt werden (Motto: „**die richtigen Steuern zum richtigen Zeitpunkt**“). Außerdem müssen die **Risiken** für wesentliche Verstöße gegen Steuervorschriften **rechtzeitig erkannt** und **verhindert** werden. Neben Haftungsrisiken drohen auch finanzielle Risiken wie auch **Reputationsrisiken** für das Unternehmen und für die einzelnen handelnden Personen. Solche **steuerrelevanten Risiken** können, nachdem sie identifiziert worden sind, nach ihrem **Gefahrenpotential** (hoch, mittel, gering) eingeteilt werden. Dabei hilft die Bewertung anhand von **Eintrittswahrscheinlichkeit** und betragsmäßiger Auswirkung des Risikos (im Falle des Risikoeintritts). Bei der Beurteilung des Risikos können überdies **drei Risikovarianten** unterschieden werden. Ein Risiko kann beispielsweise in **Massensachverhalten** bestehen, welche im Unternehmen routinemäßig abgearbeitet werden (z.B. im Bereich Umsatzsteuer). Ebenso können **Einzel Sachverhalte** ein hohes Risiko darstellen – entweder wenn sie für sich betrachtet hohe betragliche Auswirkungen haben oder in dem Unternehmen per se wenig Erfahrung mit solchen Sachverhalten besteht. Schließlich kann auch **IT-Einsatz im Bereich Steuern** ein maßgebliches Risiko darstellen (z.B. durch die mangelnde Verwaltung von Zugriffsrechten oder durch Schnittstellenrisiken).

Die **SKS-Prüfungsverordnung** nennt **beispielhaft** Umstände, welche für die Beurteilung von steuerrelevanten Risiken maßgebend sein können. Diese können in der **laufenden Geschäftstätigkeit des Unternehmens** liegen oder i.Z.m. **außerordentlichen Sachverhalten** auftreten wie z.B. wesentlichen steuerlichen Änderungen, Umstrukturierungen, die Einführung neuer Technologien im Unternehmen oder auch die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf neue Märkte bzw. der Rückzug aus bestehenden Märkten. **Risiken** aus der **laufenden Geschäftstätigkeit** können etwa bei grenzüberschreitenden Zins- und Lizenzzahlungen vorliegen oder auch mit der damit einhergehenden Verrechnungspreisdokumentation zusammenhängen.

Die **Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen** als wichtige Bestandteile eines SKS umfassen unternehmensinterne **Regelwerke** (z.B. einen Verhaltenskodex), Prozessbeschreibungen, Kontrolldefinitionen sowie Handlungsanweisungen. **Ziele** dieser Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sind die **Fehlervermeidung** bzw. die Fehlerrückmeldung und somit die **Minimierung steuerrelevanter Risiken**. Während das Element „Informations- und Kommunikationsmaßnahmen“ auch regelmäßige Schulungsmaßnahmen für die Arbeitnehmer enthält (allerdings auch das Ziel, ein angemessenes **Kontrollbewusstsein** unter den Mitarbeitern zu schaffen), müssen im Rahmen der **Sanktions- und Präventionsmaßnahmen** Konsequenzen bei Regelverstößen festgelegt werden. In Abhängigkeit von der Art des Vorfalls hat das Unternehmen Korrekturmaßnahmen, Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederholung des Vorfalls sowie individuelle Konsequenzen bei Fehlverhalten festzulegen.

Für den **Antrag** auf Teilnahme an der Begleitenden Kontrolle muss ein **Gutachten** eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters vorgelegt werden. Sinn und Zweck bzw. Resultat einer solchen **Erstprüfung** ist der Nachweis, dass ein den gesetzlichen Erfordernissen entsprechendes SKS eingerichtet ist.

Eine **Folgeprüfung** und bei Erfolg ein entsprechendes Gutachten haben spätestens nach drei Jahren bzw. im Fall von wesentlichen Veränderungen des SKS bereits früher zu erfolgen.

Die Erstprüfung als **Angemessenheitsprüfung** setzt sich aus einer **Konzeptions-** und einer **Umsetzungsprüfung** zusammen. Das Gutachten nach einer Erstprüfung hat neben der Beschreibung der durchgeführten Prüfungshandlungen auch eine Aussage darüber zu enthalten, dass die **Grundelemente** des SKS dazu **geeignet** sind, die **Aufgaben und Ziele des SKS erfolgreich zu erfüllen** (etwa die Risiken wesentlicher Verstöße gegen steuerliche Vorschriften rechtzeitig zu erkennen und solche Regelverstöße zu verhindern). Ebenso muss das Gutachten bestätigen, dass das eingerichtete SKS für die folgenden **drei Geschäftsjahre** geeignet ist – selbstverständlich unter der Prämisse, dass sich die Rahmenbedingungen im Unternehmen nicht wesentlich ändern werden.

Das **SKS** ist angemessen zu **beschreiben** und zu **dokumentieren**. Der Umfang der Beschreibung richtet sich regelmäßig nach der **Komplexität der Prozesse** – überdies sind Aspekte wie die Größe des Unternehmens, die Branche, die Standardisierbarkeit der Geschäftsvorfälle, der Grad der Internationalisierung oder die Anzahl der Führungsebenen entscheidend. Bei der **Beschreibung** des SKS sind grundsätzlich die Dokumente **Steuerrichtlinie**, Prozessdokumentation und auch die **Risiko-Kontroll-Matrix** zu berücksichtigen. Für die **Steuerrichtlinie** ist vorgesehen, dass dort die Grundelemente und die Ziele des SKS beschrieben und die Verantwortlichkeiten definiert werden müssen. Die Erstellung einer **Risiko-Kontroll-Matrix** ist hilfreich für die Dokumentation der beurteilten Risiken und der Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen.

3.2 Geschäftsführerüberlassung im Konzern – keine Mehrfachbelastung mit Sozialversicherungsbeiträgen

In der Praxis kommt es bei **Konzernen** regelmäßig vor, dass **Manager** neben ihrer Tätigkeit beim eigentlichen Dienstgeber **zusätzlich** noch in einer oder mehreren Tochtergesellschaften **Geschäftsführerfunktionen** ausüben. Dies geschieht **oft ohne gesonderten Anstellungsvertrag** und **ohne Anspruch auf zusätzliche Vergütung**. Aufgrund der **Judikatur des VwGH** (GZ Ro 2014/08/0046 vom 7.9.2017) bei Geschäftsführerüberlassungen im Konzern würde **jede einzelne GmbH als Dienstgeberin gelten**. Das führt dazu, dass neben dem eigentlichen Dienstgeber **auch das andere Konzernunternehmen** für das **fiktive anteilige Entgelt** die **vollen Sozialversicherungsbeiträge** bis maximal zur Höchstbeitragsgrundlage entrichten müsste.

Diese Entwicklung ist in der **Praxis** auf **große Kritik gestoßen** und hat angesichts möglicher Gegenstrategien die Angst aufkommen lassen, dass damit vor allem ein **hoher Administrationsaufwand** sowohl bei den Unternehmen als auch bei der Verwaltung (z.B. Nachweise hinsichtlich der Aufteilung von Bezügen im Prüfungsverfahren usw.) entsteht. **Ende 2018** wurde daher die „Problematik“ **gesetzlich saniert**. So ist nunmehr in § 35 Abs. 2 **ASVG geregelt**, dass bei der Überlassung von Arbeitskräften innerhalb eines Konzerns zur Übernahme einer **Organfunktion** der **Beschäftigende nicht als Dienstgeber gilt**. Damit sind die Begründung eines zweiten Dienstverhältnisses, der Aufbau einer eigenen Lohnverrechnung und eine **zusätzliche Abgabentrachtung nicht mehr notwendig**. Für **Dokumentationszwecke** sollte jedoch – sofern noch nicht vorhanden – eine **schriftliche Überlassungsvereinbarung** (etwa als Zusatz zum Dienstvertrag oder in einer eigenen Vereinbarung) **abgeschlossen** werden.

Die **gesetzliche Sanierung** soll **als Klarstellung** verstanden werden. Damit kann auch ohne formaler Rückwirkung für die Vergangenheit argumentiert werden, dass mit der Überlassung **keine weiteren Dienstverhältnisse begründet** worden sind.

3.3 Hinzurechnungsbesteuerung und „Methodenwechsel neu“ für Passiveinkünfte niedrigbesteuerte Körperschaften

Als Teil der Umsetzung der **Anti-Tax-Avoidance Directive** durch das Jahressteuergesetz 2018 ist es in Österreich mit dem Jahr 2019 zur Einführung der **Hinzurechnungsbesteuerung** wie auch zu Änderungen beim sogenannten **Methodenwechsel** gekommen (beides in § 10a KStG geregelt). Grundsätzliches Ziel einer Hinzurechnungsbesteuerung (Controlled-Foreign-Company-Rule, **CFC-Rule**) ist es, steuerliche Begünstigungen in Form der **Verschiebung passiver Einkunftsquellen in Niedrigsteuerländer** zu beseitigen. Dies erfolgt derart, dass die von einer ausländischen beherrschten Körperschaft oder Betriebsstätte erzielten, noch nicht ausgeschütteten, **niedrig besteuerten Passiveinkünfte** der beherrschenden österreichischen Körperschaft als **Gewinn hinzugerechnet** werden und dadurch der (sofortigen) Besteuerung in Österreich unterliegen. Der **Methodenwechsel** sieht – wie bereits in der Vergangenheit – vor, dass bei ausländischen Beteiligungserträgen und Veräußerungsgewinnen unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Befreiungsmethode sondern die **Anrechnungsmethode** angewendet werden muss.

Die Voraussetzungen für die Hinzurechnungsbesteuerung wie auch für den „Methodenwechsel neu“ sind teilweise gleich. Wichtig ist dabei, dass keinesfalls beide Maßnahmen auf einmal zur Anwendung kommen, sondern im Zweifelsfall nur eine der beiden Maßnahmen eintreten kann (typischerweise geht die Hinzurechnungsbesteuerung dem Methodenwechsel vor). Wesentliche Merkmale für **Hinzurechnungsbesteuerung** bzw. **Methodenwechsel** sind das Erzielen von **Passiveinkünften** und die **gleichzeitige Niedrigbesteuerung** im Ausland. Der Kreis der **Passiveinkünfte** ist sehr weit gehalten und umfasst z.B. **Zinsen, Lizenzgebühren** und sonstige Einkünfte aus geistigem Eigentum, **Dividenden**, Veräußerungsgewinne (soweit diese bei der beteiligten Körperschaft steuerpflichtig wären), Einkünfte aus Finanzierungsleasing oder Einkünfte aus finanziellen Tätigkeiten, wie etwa durch Versicherungen und Banken. **Banken und Versicherungen** sind allerdings nur dann von der Hinzurechnungsbesteuerung erfasst, wenn die ausländische Konzerngesellschaft zu einem wesentlichen Teil konzerninternes Geschäft mit österreichischer Beteiligung betreibt. Sofern die ausländische Körperschaft Einkünfte aus solchen Tätigkeiten erzielt, kann es zur **Hinzurechnungsbesteuerung** bzw. zum **Methodenwechsel** in Österreich nur kommen, wenn **auch** das Merkmal der **Niedrigbesteuerung** bei der **ausländischen Körperschaft** erfüllt ist. Als niedrig besteuert gilt, wenn die **tatsächliche Steuerbelastung im Ausland nicht mehr als 12,5%** ausmacht (d.h. genau 12,5% bedeutet Niedrigbesteuerung; vorrangig betroffene EU-Mitgliedstaaten sind Bulgarien, Irland, Ungarn oder Zypern), wobei hier eine **jährliche Betrachtung** vorgenommen werden muss. Die zur Gesetzesänderung ergangene **Verordnung „Passiveinkünfte niedrigbesteuerte Körperschaften“** sieht hierbei vor, dass das Einkommen der ausländischen Körperschaft nach österreichischen Einkommensermittlungsgrundsätzen festzustellen ist und den tatsächlich entrichteten ausländischen Steuern gegenübergestellt werden muss. Eine schädliche **Niedrigbesteuerung** liegt dann **nicht** vor, wenn diese „Steuersatz-Hürde“ nur deshalb nicht gemeistert wird, weil das ausländische Steuerrecht **abweichende Regelungen** für

Abschreibungen, Ausgleichsposten, Verteilungsregelungen, Rückstellungsbildungen oder Verlustverrechnungen aus anderen Veranlagungszeiträumen vorsieht.

Nachfolgend werden **weitere Anforderungen** dargestellt, welche **nur** für die **Hinzurechnungsbesteuerung** gelten. Damit nicht jegliche Art von Passiveinkünften eine Hinzurechnungsbesteuerung nach sich zieht, muss die sogenannte **Drittelgrenze** überschritten werden. Wiederum ist für jedes Wirtschaftsjahr gesondert festzustellen, ob die **passiven Einkünfte** der ausländischen Körperschaft **1/3 ihrer Gesamteinkünfte überschreiten** (steuerbefreite Dividenden/Veräußerungsgewinne zählen zu den Gesamteinkünften, um die Hinzurechnungsbesteuerung bei geringfügigen Zinseinkünften ausländischer Holdinggesellschaften zu vermeiden). Sofern die aktiven Einkünfte der ausländischen Körperschaft negativ sind oder die **Drittelgrenze um weniger als 25% überschritten** wird, ist auf eine **Dreijahresbetrachtung** abzustellen. Zusätzlich zur Drittelgrenze sind die Elemente **Beherrschung** und **Substanznachweis** kritisch. Die **Beherrschung** einer ausländischen Körperschaft i.S.d. Bestimmung ist grundsätzlich dann erfüllt, wenn **mehr als 50% an Stimmrechten/Kapital** oder am **Gewinnanspruch** vorliegen, wobei dies sowohl durch eigene unmittelbare Beteiligung als auch über verbundene Unternehmen möglich ist. Im Zusammenhang mit der Beherrschung ist relevant, dass das Ausmaß der Hinzurechnung (**Zurechnungsquote**) **nicht automatisch der Beherrschungsquote** entsprechen muss.

Schließlich muss für die **Hinzurechnungsbesteuerung** der **Substanznachweis** berücksichtigt werden. Es kommt dann zu **keiner Hinzurechnungsbesteuerung** in Österreich, wenn die ausländische Körperschaft eine **wesentliche wirtschaftliche Tätigkeit** ausübt. Es ist dabei auf das **Gesamtbild der Verhältnisse** abzustellen – sofern Personal, Ausstattung, Vermögenswerte und Räumlichkeiten in angemessenem Ausmaß zur behaupteten wirtschaftlichen Tätigkeit vorhanden sind, liegt eine wirtschaftliche Tätigkeit vor. Hingegen ist **keine wirtschaftliche Tätigkeit** beim Halten und Veräußern von Beteiligungen, beim Durchleiten von Vermögenswerten oder auch beim Bündeln unkörperlicher Vermögensgegenstände, deren Herstellungsaufwand nicht selbst getragen worden war, anzunehmen. Für die **Wesentlichkeit** und somit für die Vermeidung der Hinzurechnungsbesteuerung gelten wiederum **Drittelgrenzen**. Der Verordnung folgend und davon ausgehend, dass die ausländische Körperschaft mehrere Tätigkeiten ausübt, sind die **wirtschaftlichen Tätigkeiten als wesentlich** anzusehen, wenn Personal, Ausstattung, Vermögenswerte und Räumlichkeiten **zu wenigstens 1/3 für diese wirtschaftlichen Tätigkeiten** eingesetzt werden. Ebenso müssen **mindestens 1/3 der Gesamteinkünfte** aus diesen wirtschaftlichen Tätigkeiten stammen.

Für den „**Methodenwechsel neu**“ i.Z.m. ausländischen Körperschaften gelten die Voraussetzungen der **Passiveinkünfte** und der **Niedrigbesteuerung** analog zur Hinzurechnungsbesteuerung. Darüber hinaus muss noch der Unternehmensschwerpunkt der ausländischen Körperschaft beurteilt werden – zu einem Methodenwechsel von der Befreiungs- zur Anrechnungsmethode kann es nur kommen, wenn ein **passiver Unternehmensschwerpunkt** besteht. Praktisch betrachtet betrifft der „**Methodenwechsel neu**“ vorwiegend **Minderheitsbeteiligungen an Passivgesellschaften** im Ausland und somit wohl einen überschaubaren Anwendungsbereich. Die **Passiveinkünfte** müssen also **mehr als 50% der Gesamteinkünfte** ausmachen, wobei steuerfreie Dividenden und Veräußerungsgewinne zu den aktiven Einkünften gezählt werden. Die Beurteilung, ob es sich um ein passives (Passiveinkünfte überwiegen) oder aktives Jahr handelt, hat grundsätzlich jährlich zu erfolgen. Sofern jedoch die **Passiveinkünfte** in einem Jahr die 50%-Grenze um weniger als 25% überschreiten (d.h. sie

betragen insgesamt **maximal 62,5%**, ist auf eine **Dreijahresbetrachtung** abzustellen. Wenn für das Überschreiten der 50%-Grenze besondere Umstände wie z.B. **Anlaufverluste** oder ein Konjunkturerinbruch vorgebracht werden können, so können gem. Verordnung auch der **Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz** in die Beurteilung einbezogen werden. Dabei ist **kein passiver Unternehmensschwerpunkt** anzunehmen, wenn der Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz **nachhaltig** nahezu ausschließlich für die **Erzielung von Aktiveinkünften** erfolgt ist.

Damit es nicht durch die (Niedrig)Besteuerung im Ausland und durch die Hinzurechnungsbesteuerung bzw. den Methodenwechsel in Österreich zur **Doppelbesteuerung** kommt, ist eine **Anrechnung** der **tatsächlichen ausländischen (Körperschaft)Steuer** wie auch einer allfällig vorgelagerten ausländischen **Hinzurechnungsbesteuerung** (im Falle der Hinzurechnungsbesteuerung in Österreich) **auf Antrag** vorgesehen. Die **ausländische Körperschaftsteuer** kann im Rahmen der Hinzurechnungsbesteuerung und des Methodenwechsels auf spätere Zeiträume **vorgetragen** werden, soweit der Anrechnungshöchstbeitrag im jeweiligen Jahr bereits überschritten wurde.

Schließlich muss noch verhindert werden, dass einerseits **Aufwendungen** in Österreich **nicht abzugsfähig** sind und andererseits die **Einkünfte** (der ausländischen konzernzugehörigen Gesellschaft) aufgrund der **Hinzurechnungsbesteuerung** in Österreich **besteuert** werden. In einer solchen Konstellation **greift das Abzugsverbot** für konzerninterne Zinsen oder Lizenzgebühren typischerweise **nicht** und die **Hinzurechnungsbesteuerung** hat **Vorrang**.

3.4 Bonitätsprüfung bei einem Gesellschafterverrechnungskonto

Unter genauer Beobachtung bei etlichen **Betriebsprüfungen** von GmbHS steht das **Gesellschafterverrechnungskonto**. Überlässt nämlich die GmbH dem Gesellschafter Geld und stellt ihm somit einen **Kredit** zur Verfügung, ergibt sich oft die Frage der **Fremdüblichkeit**. Wird diese verneint, kann die Finanz eine **verdeckte Gewinnausschüttung** unterstellen und schreibt **Kapitalertragsteuer** vor. Gemäß **Körperschaftsteuerrichtlinien** überprüft die Finanzbehörde die Fremdüblichkeit nach folgenden Kriterien:

- » Ausgangspunkt sind die **vertraglichen Rahmenbedingungen** der Geldmittelüberlassung; sind diese nicht entsprechend dokumentiert, ist davon auszugehen, dass eine **kurzfristige Geldmittelüberlassung** vorliegt (vergleichbar einem Kontokorrentverhältnis). In so einem Fall muss die **Verzinsung der Forderung** entsprechend hoch sein und die **Bonität** des Gesellschafters **ausreichen**, um wie bei einer Kontokorrentschuld die **Verbindlichkeit** kurzfristig (innerhalb eines Jahres) **tilgen zu können**.
- » Zur **Beurteilung der Bonität** des Gesellschafters sind vor allem die Höhe und die Stabilität des **Einkommens** des Gesellschafters maßgeblich. Außerdem sind Ersparnisse und sonstige Schulden als Kriterium für die Bonitätsprüfung heranzuziehen.
- » **Sicherheiten des Gläubigers** sollen die Gesellschaft gegen das **Ausfallrisiko** aus der Geldmittelüberlassung absichern, weil die Bonität des Gesellschafters gerade bei einer längerfristigen Überlassung aufgrund künftiger Entwicklungen nicht vorhersehbar ist. Die Sicherheiten müssen dabei derart ausgestaltet sein, dass die Gesellschaft in der Lage ist, ihre Forderung – ungehindert von anderen Gläubigern – durch entsprechenden Zugriff bzw. Verwertung zu befriedigen.

Ergibt diese Prüfung, dass die am Verrechnungskonto erfasste Forderung als Darlehen an den Gesellschafter anzuerkennen ist, kann eine verdeckte Ausschüttung gegebenenfalls (nur) im Ausmaß der Differenz zwischen der tatsächlich erfolgten Verzinsung und einer fremdüblichen Verzinsung vorliegen.

In einem dem **VwGH** vorliegenden Fall (GZ Ra 2018/13/0007 vom 23.1.2019) ging es nun darum, ob bei einer **Bonitätsprüfung des Gesellschafters auch die Beteiligung an der GmbH**, der gegenüber die Verbindlichkeit am Verrechnungskonto besteht, **berücksichtigt** werden darf. Dies hat der **VwGH** in seiner Entscheidung nun erstmals **prinzipiell bejaht**. Im vorliegenden Fall wurde ein **Verkehrswertgutachten** zur Darstellung des Werts der GmbH vorgelegt. Konsequenterweise sollte jedoch die **Forderung der GmbH gegen den Gesellschafter** bei der **Bewertung der Gesellschaft** für Zwecke der Bonitätsüberlegungen **nicht als Vermögen** berücksichtigt werden.

In einem älteren Urteil hatte der VwGH (GZ 2011/15/0028 vom 26.6.2014) judiziert, dass bei der GmbH-Bewertung im Zuge der **Bonitätsprüfung** auch ein **Firmenwert**, sofern er aufgrund persönlicher Eigenschaften des Firmeninhabers entsteht, **außer Ansatz** zu bleiben hat, da ein fremder Dritter für diesen Firmenwert kein Entgelt bezahlen würde. Bei Bonitätsbewertungen des Gesellschafters ist also jedenfalls auf den konkreten Einzelfall abzustellen.

3.5 Veräußerung einer internationalen Schachtelbeteiligung ist kein endgültiger Vermögensverlust

Grundsätzlich gilt, dass **Wertänderungen einer internationalen Schachtelbeteiligung** (zumindest 10%ige Beteiligung an einer zumindest ein Jahr gehaltenen ausländischen Kapitalgesellschaft) **steuerneutral** sind. Im **Jahr der Anschaffung** besteht die **Optionsmöglichkeit zur Steuerpflicht**. Sofern diese Option nicht gewählt wird, können Wertverluste nicht steuerwirksam geltend gemacht werden. Diese gilt allerdings nicht für **tatsächliche und endgültige Vermögensverluste** durch **liquidationsoder insolvenzbedingten Untergang**. Derartige **Verluste** können – gekürzt um steuerfreie Gewinnausschüttungen der letzten fünf Jahre – über **sieben Jahre verteilt** geltend gemacht werden.

Das **Bundesfinanzgericht** (GZ RV/5101743/2014 vom 6.6.2018 bzw. GZ RV/6100553/2017 vom 26.7.2018) hat sich mehrfach damit befasst, ob ein **im Zuge einer Veräußerung** einer internationalen Schachtelbeteiligung **realisierter Verlust** als **endgültiger Vermögensverlust** im Sinne des § 10 Abs. 3 KStG anzusehen ist. Das BFG vertrat dabei eine **strenge Auslegung** und hat festgehalten, dass eine **Veräußerung keinen Liquidations- oder Insolvenzfall** darstellt und daher aufgrund **fehlender gesetzlicher Deckung** der **Veräußerungsverlust nicht geltend gemacht werden kann**. Eine aus wirtschaftlicher Sicht durchaus denkbare Gleichstellung eines Veräußerungsverlustes mit einem Liquidationsverlust wurde daher nicht akzeptiert. Mit dieser Entscheidung orientiert sich das BFG an der **sehr restriktiven Rechtsprechung des VwGH** (GZ Ro 2014/13/0042 vom 31.3.2017), welcher das Vorliegen eines endgültigen Vermögensverlustes überhaupt erst bei **Abschluss** des Insolvenz- oder **Liquidationsverfahrens** zulässt. Im Hinblick auf die im Ausland oft recht komplexen und langwierigen Verfahren ist es somit oftmals gar nicht einfach, die faktisch bereits final eingetretenen Verluste geltend machen zu können. Insgesamt empfiehlt es sich, die **Beendigung** eines verlustreichen Auslandsengagements **sorgsam zu planen**.

3.6 Nutzendokumentation bei konzerninternen Dienstleistungen

Die konzerninternen Verrechnungspreise haben in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Demnach ist es für **international agierende Konzerne** maßgebend, dass **grenzüberschreitende Lieferungen und Leistungen** im Konzern **fremdüblich** verrechnet werden – nicht zuletzt deshalb, da ansonsten **Doppelbesteuerung** drohen kann. Einen „Klassiker“ in punkto Verrechnungspreisen stellt die Verrechnung **konzerninterner Managementleistungen** dar. Naturgemäß weckt auch eine solche grenzüberschreitende Transaktion das Interesse der Finanzverwaltungen der beteiligten Staaten.

Die Verrechnung konzerninterner Dienstleistungen beruht typischerweise darauf, dass die mit der zentralen Dienstleistungserbringung verbundenen **Kosten** – regelmäßig unter Berücksichtigung eines **fremdüblichen Gewinnaufschlags** – an die **Empfängergesellschaften verrechnet** werden. Es handelt sich dabei oftmals um konzerninterne Services im Bereich Management, Human Resources, Accounting, IT, Steuern und Rechtsberatung usw. Ausgangspunkt für eine Verrechnung (etwa von der Unternehmenszentrale in Österreich an ausländische verbundene Gesellschaften) ist, dass die **Empfängergesellschaften** einen **Nutzen** aus den verrechneten **Dienstleistungen erwarten** können. Ein solcher Nutzen zeigt sich darin, dass die Empfängergesellschaft **alternativ die Dienstleistung selbst erbringen** müsste oder von einem **fremden Dritten zukaufen** müsste.

Ist der grundsätzliche Nutzen einer zentralen Dienstleistung geklärt, so müssen **Details** wie die der Verrechnung zugrundeliegenden **Kosten**, ein etwaiger **Kostenallokationsschlüssel** sowie die **Höhe des Gewinnaufschlags** geklärt werden. Sinn und Zweck eines **Kostenallokationsschlüssels** ist es, dass – mehrere Empfängergesellschaften vorausgesetzt – die jeweils **anteilige Kostenbelastung** mit der **Intensität der jeweiligen Inanspruchnahme** durch die Empfängergesellschaft **zusammenhängt**. Demnach soll jene Empfängergesellschaft, welche die konzerninternen Managementleistungen stärker in Anspruch nimmt, auch eine höhere Kostenbelastung tragen als eine Gesellschaft, welche die Dienstleistung bloß fallweise benötigt. Neben Genauigkeit des Kostenallokationsschlüssels ist auch eine **praktikable Handhabung** gefragt, sodass nicht typische **Vorteile eines Konzernumlagesystems**, wie etwa Vereinfachung oder das **Erzielen von Synergieeffekten**, durch einen schwer zu administrierenden Kostenallokationsschlüssel ad absurdum geführt werden. In der **Praxis** kommen **oftmals** die **Umsätze** als Aufteilungsschlüssel zur Anwendung, aber auch die **Mitarbeiteranzahl** oder die Anzahl der Benutzer (beispielsweise bei IT-Dienstleistungen) bei den einzelnen Gesellschaften können für eine Verteilung **sachgerecht** sein.

Ausgangspunkt für das Thema **Gewinnaufschlag** ist der Umstand, dass auch ein **externer (fremder) Dienstleistungserbringer** regelmäßig nicht nur seine eigenen Kosten verrechnen würde, sondern darüber hinaus einen entsprechenden **Gewinnaufschlag** bei seiner Preisgestaltung **einkalkuliert**. Daher müssen auch **im Konzern**, um der Forderung nach **fremdüblichem Verhalten** nachzukommen, **Dienstleistungen** typischerweise basierend auf den mit der Erbringung zusammenhängenden **Vollkosten inklusive** eines fremdüblichen **Gewinnaufschlags** verrechnet werden (dies entspricht in Reinform der Kostenaufschlagsmethode). Die Höhe des Gewinnaufschlags hängt von der **Wertigkeit** der **Dienstleistung** ab (somit auch von den ausgeübten **Funktionen** und den getragenen **Risiken** des Dienstleisters) und kann den österreichischen Verrechnungspreisrichtlinien folgend zwischen 5%

und 15% für Routinedienstleistungen ausmachen. Denkbar ist auch, dass die Höhe des Gewinnaufschlags mithilfe einer **Datenbankstudie** untermauert wird, indem es zu einem Vergleich mit Kostenaufschlägen (Gewinnmargen) von unabhängigen, vergleichbaren Unternehmen kommt. Eine **Ver-einfachung** sieht die **OECD** in den Verrechnungspreisrichtlinien 2017 vor – demnach sollen gewisse „**low value-adding intra-group services**“ mit einem **Gewinnaufschlag** von **5%** verrechnet werden, **ohne** dass dafür der Nachweis der Fremdüblichkeit in Form einer **Datenbankstudie** erbracht werden muss. Schließlich sollte die Verrechnung konzerninterner Dienstleistungen in einem entsprechenden **Dienstleistungsvertrag** schriftlich geregelt sein. Ein solcher Vertrag beinhaltet typischerweise neben der Beschreibung der zu erbringenden Dienstleistungen eine Übersicht zu den anwendbaren Kostenverteilungsschlüsseln, die Höhe bzw. Ermittlung des Gewinnaufschlags usw.

Konzerninterne Dienstleistungen werden von (ausländischen) **Finanzverwaltungen** oftmals **kritisch geprüft**, wobei es neben der **Versagung** der **steuerlichen Abzugsfähigkeit** je nach Land auch zu Strafzuschlägen und finanzstrafrechtlichen Konsequenzen kommen kann. Ein häufiger Kritikpunkt ist dabei, dass der **tatsächlich erbrachte**, aus der Dienstleistung resultierende **Nutzen, bei der Empfänger-gesellschaft nicht nachgewiesen** werden kann. Wenngleich der erwartete Nutzen bereits vor Dienstleistungserbringung vorliegen muss und auch **keine Kosten für** sogenannte **Shareholder Activities** verrechnet werden dürfen (weil dafür der Nutzen explizit nicht bei der Empfänger-gesellschaft liegt), so kommt dem **Nachweis des tatsächlichen Nutzens** beim Empfänger immer stärkere Bedeutung zu.

Der konkrete Nutzen aus einer konzerninternen Dienstleistung hängt maßgeblich von der **Art** der erbrachten **Dienstleistung** ab. Denkbar sind typischerweise Memos, Protokolle, Präsentationen, Broschüren oder auch E-Mail-Korrespondenz. **Praktische Probleme** bei der Bereitstellung solch konkreter Nutzendokumentation können sich vor allem aus dem Umstand ergeben, dass der **Nachweis des konkreten Nutzens**, etwa im Rahmen einer **Betriebsprüfung** im Ausland, typischerweise **Jahre nach** der **tatsächlichen Leistungserbringung** gefordert wird. Dabei kann es dann durchaus vorkommen, dass damals mit der Dienstleistung betraute Mitarbeiter das Unternehmen bereits verlassen haben. Nicht zuletzt deshalb sollte **im Vorfeld abgeklärt** werden, ob grundsätzlich die **Dienstleistungen erbringende Gesellschaft zentral** (oftmals die Muttergesellschaft) **oder die Empfänger-gesellschaften selbst** für die Aufbereitung der **Nutzendokumentation verantwortlich** sein sollen. Vorteil der lokalen Verantwortung ist möglicherweise, dass die genauen Anforderungen seitens der lokalen Finanzverwaltung besser bekannt sind und folglich gezielter die entsprechenden Unterlagen gesammelt werden können. Eine weitere wichtige praktische Frage ist etwa, **wann** die **Nutzendokumentation gesammelt** und aufbereitet werden soll (zusammen mit der Erbringung der Dienstleistung oder erst im Falle einer konkreten Anfrage durch die Finanzverwaltung)? Außerdem sollte die **Art der Sammlung und Aufbereitung** der Nutzendokumentation wohlüberlegt sein. Hierbei scheint eine digitale Lösung auf einem unternehmenszentralen Serverlaufwerk oder in einem **E-Room** zeitgemäß.

4 Fokus Umsatzsteuer

4.1 Wichtige umsatzsteuerliche Änderungen bei Gutscheinen seit 1.1.2019

Für **bis zum 31.12.2018 ausgestellte Gutscheine** war die **umsatzsteuerliche Behandlung** von ausgegebenen Gutscheinen derart, dass der **Verkauf eines Gutscheins** für den Bezug von Waren nach freier Wahl oder einer noch nicht konkretisierten Dienstleistung **keinen steuerbaren Vorgang** darstellte. Da **erst bei Einlösung** des Gutscheins die Gegenleistung feststünde, entstand die Umsatzsteuerschuld zu diesem Zeitpunkt; es kommt somit nicht zu einer Anzahlungsbesteuerung (die Umsatzsteuerschuld entstände bereits mit Vereinnahmung der Anzahlung und nicht erst bei tatsächlicher Lieferung oder Leistung).

Aufgrund einer Änderung der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben können Gutscheine, die **ab dem 1.1.2019** ausgestellt werden, **bereits bei der Ausgabe** gegen Entgelt zur **Umsatzsteuerpflicht** führen. Durch Ausgabe eines Gutscheins verpflichtet sich der Unternehmer, eine Lieferung oder sonstige Leistung auszuführen, wenn die zu erbringende Lieferung oder Leistung oder die Identität der möglichen leistenden Unternehmer und die **Einlösungsbedingungen** auf dem Gutschein selbst oder in damit zusammenhängenden Unterlagen angegeben sind.

Konkret ist dabei zwischen **Einzweck- und Mehrzweckgutscheinen** zu **unterscheiden**. Bei **Einzweckgutscheinen** stehen sowohl der **Leistungsort** als auch die dafür **geschuldete Umsatzsteuer** bereits **bei Ausstellung des Gutscheins** (entspricht dem Verkauf des Gutscheins) **fest** (z.B. Gutschein eines Theaters für den Besuch einer Theatervorstellung, Gutschein für Schuhe). **In allen anderen Fällen** handelt es sich um **Mehrzweckgutscheine** (z.B. Gutschein für einen Restaurantbesuch, bei dem der Gutscheinbetrag sowohl für Speisen und Getränke eingelöst werden kann oder ein Gutschein für den Kauf von Schreibwaren, der sowohl in Österreich als auch in Deutschland einlösbar ist).

Neu für seit 1.1.2019 ausgegebene Gutscheine ist, dass **Einzweckgutscheine bereits bei Ausgabe des Gutscheins** zu einem steuerbaren und gegebenenfalls **steuerpflichtigen Umsatz führen**, auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar ist, was die konkrete Leistung sein wird. Im **Zeitpunkt der Einlösung** des Einzweckgutscheins unterliegt die Lieferung oder Leistung des Unternehmers **nicht nochmals der Umsatzsteuer**. Ein weiterer Unterschied zur früheren Rechtslage ist, dass **auch die Nichteinlösung eines Einzweckgutscheins zur Umsatzsteuerschuld** führt.

Die **Ausgabe von Mehrzweckgutscheinen** seit 1.1.2019 ist wie auch bisher **nicht umsatzsteuerbar**, erst **bei Einlösung entsteht die Umsatzsteuerschuld**. Weder Einzweck- noch Mehrzweckgutscheine sind **Gutscheine** für eine **Preiserstattung** (Gutscheine, die zu einer nachträglichen Vergütung berechtigen) oder **Gutscheine** für einen **Preisnachlass**, d.h. Gutscheine, die zum verbilligten Erwerb einer Leistung berechtigen.

Um die richtige umsatzsteuerliche Behandlung sicherzustellen, sollte jedenfalls gesondert **aufgezeichnet** werden, welche **Gutscheine vor dem 1.1.2019** und welche **nach dem 1.1.2019 ausge-**

geben wurden. Um eine **sofortige Umsatzsteuerpflicht** von ausgegebenen **Einzweckgutscheinen** zu **vermeiden** und, um aus dem Einzweckgutschein einen Mehrzweckgutschein zu machen, könnte überlegt werden, die Einlösung des **Gutscheins nicht** auf Österreich zu **beschränken** oder Produkte ins Sortiment aufzunehmen, die einem anderen Steuersatz unterliegen. Somit wäre entweder der Ort der Leistung oder die geschuldete Umsatzsteuer **unklar** und die **Steuerpflicht** würde **erst bei Einlösung** des Gutscheins entstehen.

4.2 VwGH zur Kleinunternehmerregelung für beschränkt Steuerpflichtige

Eine wichtige **Umsatzsteuerbefreiung** in Österreich stellt die **Kleinunternehmerregelung** dar. Demnach sind Umsätze von der Umsatzsteuer befreit, wenn diese im Veranlagungszeitraum (noch; siehe auch den Beitrag „Steuerreform 2020“) **30.000 € nicht übersteigen**. Hierbei handelt es sich um eine „**Nettogrenze**“, d.h. für die Berechnung der Grenze ist die Umsatzsteuer herauszurechnen. Das **einmalige Überschreiten** der Grenze um **nicht mehr als 15% innerhalb** eines Zeitraums von **fünf Kalenderjahren** ist möglich. Da es sich um eine „**unechte**“ **Steuerbefreiung** handelt, steht bei Inanspruchnahme der Kleinunternehmerregelung **kein Vorsteuerabzug** im Veranlagungsjahr zu. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, dass die Befreiung nur für **Unternehmer** zur Anwendung kommt, die **im Inland ihr Unternehmen betreiben**. Diese Beschränkung soll verhindern, dass Unternehmer, die **in mehreren Mitgliedstaaten tätig** sind, ohne dort ansässig zu sein, **keiner Umsatzsteuer** unterliegen, **obwohl** in der **Gesamtheit** die **Tätigkeit** den Umfang der Geschäftstätigkeit eines **Kleinunternehmens überschreiten** würde.

Noch nicht judiziert wurde bisher, wie sich ein **Wechsel des Unternehmerorts** bzw. der **Ansässigkeit** des Unternehmers **innerhalb eines Kalenderjahrs** auf die **Kleinunternehmerregelung auswirkt**. In einem dem **VwGH** (GZ Ra 2017/15/0034 vom 31.1.2019) vorliegenden Fall lebte ein Steuerpflichtiger neun Monate in Deutschland und begründete seine **Ansässigkeit ab Oktober in Österreich**. Über das ganze Jahr hindurch erzielte der Steuerpflichtige **Mieteinnahmen in Österreich**. Da diese **Einnahmen unter die Kleinunternehmergrenze** fielen, begehrte dieser die **Kleinunternehmerregelung für das gesamte Jahr**. Das Finanzamt argumentierte, dass **aufgrund der fehlenden Ansässigkeit** in Österreich für die ersten neun Monate die **Befreiung nicht zur Anwendung** kommen könne und schrieb somit Umsatzsteuer für den Zeitraum Jänner bis September vor. Ab Ansässigkeitsbeginn – somit von Oktober bis Dezember – gewährte das Finanzamt die Umsatzsteuerbefreiung für die Mieteinnahmen.

Der VwGH hielt zunächst fest, dass sich der **Unternehmerort** bei einer **Vermietung** dort befindet, wo die **wesentlichen Entscheidungen zur Leitung des Unternehmens** getroffen werden. Der Ort, an dem die vermietete Wohnung liegt, ist irrelevant, da ein Unternehmer immer nur an einem Ort ansässig sein kann, jedoch an mehreren Orten Wohnungen vermieten könnte. Somit befand sich laut VwGH der **Ort der „unternehmerischen Leitung“ zunächst in Deutschland** und erst ab Oktober in Österreich. Bei **Dauerleistungen**, die zu regelmäßigen Abrechnungen führen, wie z.B. Vermietungen, wird die **Leistung** nach der **einzelnen Abrechnungsperiode** (also **pro Monat**) erbracht. Somit sei auch die **Kleinunternehmerregelung nur für jene Monate** anwendbar, in denen der **Unternehmer in Österreich ansässig** war. Im konkreten Fall wurde also die Meinung des **Finanzamts bestätigt** – für

die **ersten neun Monate** kam die **Kleinunternehmerregelung** mangels Ansässigkeit in Österreich **nicht zur Anwendung** und die Mieteinnahmen wurden der Umsatzsteuer unterworfen.

4.3 Pauschalentgelt für Zeitungsabonnement und Vignette ist aufzuteilen

Die **umsatzsteuerliche Behandlung** von „Paketen und Kombinationen“, bei denen die beiden Teile unterschiedlichen Umsatzsteuerarten unterliegen, ist schon seit jeher ein umstrittenes Thema. Der **Verwaltungsgerichtshof** hatte sich (GZ Ra 2016/15/0039 vom 13.9.2018) mit der Kombination aus einem zweimonatigen **Abonnement einer Tageszeitung** unter Zugabe einer **Autobahnvignette** für Pkw auseinanderzusetzen. Da die Vignette dem 20% Umsatzsteuersatz unterliegt und das Zeitungsabo nur 10% Umsatzsteuer, war die **Ermittlung** der entsprechenden **Bemessungsgrundlagen** strittig.

Die **Betriebsprüfung** war der Ansicht, dass der **Verkauf der Vignette** als **eigenständige Leistung** beurteilt werden müsse, da die Vignette für den Kunden als Durchschnittsverbraucher einen eigenen Zweck habe. Der **Preis der Vignette** sei **ungekürzt** als **Bemessungsgrundlage** im Kombinationspreis (Zeitungsabonnement und Autobahnvignette) enthalten und als solcher dem Normalsteuersatz von **20% zu unterwerfen**. Praktisch führt dies dazu, dass nur die (geringe) verbleibende Bemessungsgrundlage mit 10% versteuert würde. Anders beurteilte naturgemäß die Gegenseite, welche den Verkauf (**umsatzsteuerliche Lieferung**) des **Zeitungsabos** unter Zugabe einer Vignette (umsatzsteuerliche Lieferung) als **einheitlichen umsatzsteuerlichen Vorgang** beurteilte, wobei die **Hauptsache** in dem Erwerb eines **Zeitungsabos** liegt und die Beigabe der **Vignette** bloß eine **Nebenleistung** darstellt. Sollte dennoch von **zwei getrennten Leistungen** ausgegangen werden, so müsse eine **Entgeltaufteilung** im **Verhältnis der Einzelverkaufspreise** (lineare Kürzung) vorgenommen werden.

Der VwGH hatte in seiner Entscheidung mitzubedenken, dass der **Verkaufspreis** für eine **Vignette** in der **Vignettenpreisverordnung** festgelegt ist. Jedoch ist dieser Preis nur für die **ASFINAG** sowie für durch diese **autorisierte Verkaufsstellen** maßgebend. Für andere, wie im konkreten Fall einen **Zeitungsverlag**, gilt eine solche **Preisbindung** bei der Weitergabe der Autobahnvignette **nicht**. Folglich ist das **Kombinationsangebot** aus zweimonatiger Tageszeitung und Autobahnvignette **umsatzsteuerlich** nach dem **Verhältnis der Einzelverkaufspreise aufzuteilen** und entsprechend mit 10% bzw. 20% Umsatzsteuer zu versteuern. Rechnerisch wird dadurch ein größerer Teil aus dem Kombinationspreis mit 10% Umsatzsteuer belastet, verglichen mit der Heranziehung des ungekürzten Vigneteneinkaufspreises als Bemessungsgrundlage für die 20% Umsatzsteuer. Das Judikat wurde übrigens durch den **Umsatzsteuer-Wartungserlass 2018** in die **Richtlinien** eingearbeitet – die bisherigen Aussagen zu Autobahnvignetten als Zugabe zu Zeitungsabonnements wurden ersatzlos **gestrichen**.

4.4 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vor-

liegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Rechnung

Kundennummer: 999999
Belegnummer: 1234/2020
UID: ATU 987654321

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Vertragspartner:
Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Belegdatum: 09.07. 2020
Fälligkeit: prompt

Lieferdatum: 06.07.2020

Zahlungsart: Einziehung

Tel: +43 (0) 123456789
Fax: +43 (0) 12345678900
E-mail: info@musterleistung.at

	Menge	Betrag in EUR exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in EUR inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Gesamtsumme		17,99			21,59

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.
Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.
Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
Firmensitz: Stockerau
UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

Fokus Umsatzsteuer

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung:** Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formal-erfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung über 400 € (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu enthalten: (siehe Musterrechnung auf vorheriger Seite)

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB Kurs).
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der sonstigen Leistung,
- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.

5 Fokus Arbeitnehmer

5.1 Steuerliche Behandlung eines Kostenbeitrags des Arbeitnehmers zum Firmen-PKW

Benützt ein Dienstnehmer einen **PKW** des Arbeitgebers auch für **private Zwecke**, liegt ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor. In diesem Fall hat der **Arbeitnehmer** zusätzlich zum Gehalt einen **Sachbezug zu versteuern**, der die Bemessungsgrundlage für die Lohnsteuer, die SV-Beiträge und die Lohnnebenkosten erhöht. Dieser **Sachbezug** beträgt für PKWs mit einem Co2-Emissionswert von maximal 121 g/km (Wert 2019) pro Monat grundsätzlich **1,5% der Anschaffungskosten**; liegt der Emissionswert darüber, sind pro Monat **2% der Anschaffungskosten** zu versteuern. In der **Sachbezugsverordnung** ist aber auch ein **monatlicher Höchstbetrag** von **960 €** (für PKWs über 121 g/km Ausstoß) bzw. maximal **720 €** für PKWs mit weniger Co2-Verbrauch vorgeschrieben. Hieraus ergibt sich rein rechnerisch eine **sachbezugspezifische „Luxustangente“** in Höhe von 48.000 €. Der „normalen“ Angemessenheitsprüfung aus der Einkommensteuer (Luxustangente 40.000 €) kommt bei der Berechnung der Sachbezugswerte keine Bedeutung zu.

Sofern der **Arbeitnehmer** an den Arbeitgeber einen **Kostenbeitrag** für den Firmen-PKW zu leisten hat, werden dadurch die **Sachbezugswerte gemindert**. Dies gilt sowohl für **laufende Kostenbeiträge** als auch für einen **einmaligen Kostenbeitrag zu den Anschaffungskosten**. In der Rz 186 der **Lohnsteuerrichtlinien** vertrat das Finanzamt bisher die Ansicht, dass der **Kostenbeitrag** von den **tatsächlichen Anschaffungskosten abzuziehen** sei. Dies führte im Ergebnis dazu, dass bei PKWs mit **Anschaffungskosten** von über 48.000 € die **Kürzung** der Sachbezugswerte **eingeschränkt** wurde.

In einem Urteil vor dem **BFG** (GZ RV/6100193/2016 vom 8.8.2019) hatte der Steuerpflichtige als Ausgangspunkt für die **Kürzung des Kostenbeitrags** den **maximalen monatlichen Sachbezugswert** (720 bzw. 960 €) **verwendet**. Das BFG schloss sich dieser Meinung an und begründete damit, dass der **wörtliche Inhalt** des § 4 Abs. 7 der **Sachbezugsverordnung**, wonach **Kostenbeiträge des Arbeitnehmers den Sachbezugswert mindern**, sehr eng gefasst sei und keinen Interpretationsspielraum übriglasse.

Nach bisheriger Meinung der Finanzverwaltung (siehe Beispiel 3 der Rz 186 LStRL) wäre bei einem PKW mit Anschaffungskosten in Höhe von 50.000 € und bei einer Kostenbeteiligung des Arbeitnehmers von monatlich 300 € für einen Co2-armen PKW ein Sachbezug von 450 € zu versteuern gewesen ($50.000 \cdot 1,5\% - 300$). Nach neuer Beurteilung durch das BFG würden nun nur mehr 420 € (max. Sachbezugswert i.H.v. 720 – 300 Kostenbeteiligung) der Steuer unterworfen.

5.2 Abzugsfähigkeit eines Arbeitszimmers bei einer angestellten Produktmanagerin

Die **steuerliche Abzugsfähigkeit** von **in der Wohnung** gelegenen **Arbeitszimmern** ist generell und vor allem bei Dienstnehmern nur unter **sehr restriktiven Voraussetzungen** möglich. Schließ-

lich muss das Arbeitszimmer den **Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit** bilden. Einen solchen Fall, bei welchem diese Vorgaben letztlich zugetroffen haben, hatte das **BFG** (GZ RV/7100104/2014 vom 2.1.2019) zu entscheiden. Eine **angestellte Produktmanagerin**, die für die Entwicklung, Herstellung und Einführung neuer Produkte für Implantate in der Gefäß- und Herzchirurgie zuständig ist, führte ihre Arbeiten im Arbeitszimmer in ihrer Wohnung durch. Maßgeblich ist dabei auch, dass **seitens des Arbeitgebers kein Büro** bereitgestellt wurde. Die Arbeiten bestanden in Tätigkeiten, die typischerweise in einem Arbeitszimmer durchgeführt werden können wie z.B. das Abhalten von Telefonkonferenzen, Erstellen von Unterlagen (Verkaufsstrategien, Marktanalysen), Literaturstudium.

Zu den **Tätigkeiten** zählten aber **auch** der Besuch von Kongressen sowie **Dienstreisen zu Niederlassungen** des Arbeitgebers und zur **außerhalb Österreichs** gelegenen **Hauptniederlassung**. Derartige berufliche **Aktivitäten**, die sich **außerhalb des Arbeitszimmers** abspielten, sind nach Ansicht des BFG **nicht schädlich**, wenn zumindest **mehr als die Hälfte der Arbeitszeit im Arbeitszimmer erledigt** wird. Im konkreten Fall konnte ein Verhältnis von **85% (Arbeitszimmer)** zu 15% (außerhalb des Arbeitszimmers) **glaubhaft gemacht** werden, sodass die **Kosten des Arbeitszimmers als steuerliche Werbungskosten** anerkannt wurden.

5.3 VwGH zur Jahressechsteloptimierung von Jahresprämien

Bekanntermaßen sind **sonstige Bezüge** (v.a. das 13. und 14. Monatsgehalt) nach Abzug der Sozialversicherung mit **6% begünstigt besteuert**. Dies trifft jedoch nur insoweit zu, als diese Sonderzahlungen **innerhalb eines Kalenderjahres** ein **Sechstel** der gesamten laufenden Bruttobezüge nicht übersteigen (sogenanntes „**Jahressechstel**“). Zudem sind diese Zahlungen unterhalb des **Freibetrages von 620 €** komplett steuerfrei und auch ausnahmsweise steuerfrei, wenn das Jahressechstel die **Freigrenze von 2.100 €** nicht übersteigt. Jener **Teil der sonstigen Bezüge**, der über das Jahressechstel hinausgeht, wird mit dem **normalen Tarifsatz besteuert** und ist somit nicht begünstigt.

Sonstige Bezüge liegen nur vor, wenn sie sich sowohl durch den **Rechtstitel**, aus dem der Arbeitnehmer den Anspruch ableiten kann, als auch durch die **tatsächliche Auszahlung deutlich** von den laufenden Bezügen **unterscheiden**. Einmal jährlich ausgezahlte Provisionen oder Tantiemen unterliegen jedenfalls nicht dem begünstigten Steuersatz von 6% und beeinflussen auch nicht die Höhe des Jahressechstels. Jedoch erhöhten **Provisionen** nach bisheriger Praxis das Jahressechstel, sofern sie **laufend mit dem Fixgehalt ausgezahlt** wurden und führten so zu einer **Steuerbesserstellung**, da der jeweils 13. und 14. Teil der Sonderzahlung ebenfalls mit dem begünstigten Satz besteuert wurde.

In einem dem **VwGH** vorliegenden Fall (GZ Ro 2017/13/0005 vom 25. 7. 2018) wurden die **Prämien variabel** im Zeitraum Jänner bis Juni unter dem Titel „laufende Prämie“ **ausbezahlt**. Fraglich war nun, ob diese laufenden Prämien das Jahressechstel erhöhen, auch wenn sie **nicht auf alle** Lohnzahlungszeiträume eines Jahres entfallen. Der bisherigen Rechtsprechung im Wesentlichen folgend, liegen sonstige Bezüge nur vor, sofern Rechtstitel und Auszahlungsmodus sich deutlich von den laufenden Bezügen unterscheiden. Eine **rein rechnerische Aufteilung** in laufende und sonstige Bezüge ist **nicht möglich**. Interessanterweise verweist der VwGH in seinem Urteil auf die bisherige Verwaltungsansicht (LStR Rz 1052, Beispiel 3), in der Prämienzahlungen für den Auszahlungszeitraum von April bis Dezember in die Berechnung des Jahressechstels einfließen. Konkret **bestätigt** sich diese **Rechts-**

ansicht auch für einen **Auszahlungszeitraum** von **sechs Monaten** – eine für einen sonstigen Bezug erforderliche deutliche Unterscheidbarkeit von den laufenden Bezügen hinsichtlich der Auszahlung ist auch bei einem Halbjahresauszahlungszeitraum nicht gegeben. Die **Prämie** wurde als **jahressechsterhöhend** eingestuft. Im Zuge der Steuerreform 2020 wurde diese Verwaltungspraxis nunmehr gesetzlich verankert („verpflichtende Aufrollung der Sechstelbezüge“). Für eine **Optimierung** der **begünstigten Besteuerung** sonstiger Bezüge ist also bereits bei der **Vereinbarung** der **Auszahlungsmodalitäten** Vorsicht geboten!

5.4 VwGH zur steuerlichen Geltendmachung von Studienreisen und Sprachkursen im Ausland

Die steuerliche Geltendmachung von Kosten wird von der Finanzverwaltung besonders dann **kritisch** gesehen, wenn **neben** der **beruflichen Veranlassung** auch ein **privates Interesse** (selbst in untergeordnetem Ausmaß) **hinzukommt**. Typischer Anlassfall ist eine **beruflich bedingte Reise ins Ausland**, die mit **privaten Aktivitäten** kombiniert wird.

Der **Verwaltungsgerichtshof** hatte sich (GZ Ra 2018/15/0043 vom 19.12.2018) mit einem Sachverhalt beschäftigt, in dem eine **AHS-Lehrerin** für das Fach Französisch an einer Fortbildungsveranstaltung (**Sprachkurs**) auf der französischsprachigen Insel **Martinique** teilgenommen hat und damit zusammenhängende **Kosten** (Teilnahmegebühr, Kosten für Transfer und Unterkunft, Tagesgelder) im Rahmen der **Arbeitnehmerveranlagung** geltend machen wollte.

Das Spektrum für die **steuerliche Anerkennung** kann sich in solchen Fällen auf die **Fortbildungskosten begrenzen** und bis hin zu einer (teilweisen) zusätzlichen **Anerkennung** der **Reisekosten** gehen. Ebenso kann – der Ansicht des Finanzamts folgend – die steuerliche Geltendmachung von Fortbildungs- und Reisekosten **zur Gänze versagt** werden, wenn die Reise ein Mischprogramm beinhaltet und der **berufliche Aspekt** der Reisetilnahme von der **privaten Mitveranlassung überlagert** wird.

Der VwGH betonte in seiner Entscheidung, dass an die **steuerliche Anerkennung von Studienreisen** mehrere **Voraussetzungen** geknüpft sind und sie **grundsätzlich** bzw. andernfalls nicht zu berücksichtigende Aufwendungen für die **private Lebensführung** darstellen. Unter anderem müssen das **Reiseprogramm** und seine Durchführung derart **einseitig** und nahezu ausschließlich auf interessierte Teilnehmer einer **bestimmten Berufsgruppe** abgestellt sein, dass sie jeglicher Anziehungskraft auf andere, außerhalb dieses Teilnehmerkreises, entbehren. Im konkreten Fall ist dieser **Umstand jedoch nicht erfüllt**, da es sich auch um eine **Reise in touristisch interessante Regionen** handelt, keinerlei Fremdbestimmung im Sinne einer angeordneten Fortbildung vorliegt und auch die **berufliche Fortbildung nicht** als das „**auslösende Element**“ für die **Reise** angesehen werden kann. Entgegen der Ansicht des BFG können demnach die **Kosten für Transfer und Unterkunft** wie auch die Tagesgelder **steuerlich nicht berücksichtigt** werden – insbesondere, da es sich um **keine ausschließlich betrieblich bzw. beruflich veranlasste Reise** handelt. Der **VwGH verneinte** also eine **Berücksichtigung** dieser Kosten **im anteiligen Ausmaß** der beruflich bedingten Aufenthaltstage. Es müsste nämlich **zumindest ein Tag** der Studienreise als **ausschließlich betrieblich/beruflich** veranlasster Reiseabschnitt eingeordnet werden, um für einen Teil der mehrere Tage dauernden (Studien)Reise Verpflegungsmehraufwand, Nächtigungskosten und (anteilige) Reisekosten einkommensteuerlich gelten machen zu können.

Die **Kosten** im Zusammenhang mit dem **Sprachkurs** als **Fortbildungskosten** können jedoch als **Werbungskosten** abgesetzt werden, da es für die steuerliche Anerkennung von Kurskosten keinen Unterschied macht, ob ein Kurs am Wohnort oder an einem anderen Ort absolviert wird.

5.5 Absetzbarkeit der Kosten eines Jusstudiums als Ausbildungsmaßnahme

Bei der Geltendmachung der Kosten für ein **Universitätsstudium** als Aus- bzw. Fortbildungskosten (somit als Werbungskosten) fragt die Finanzverwaltung oftmals **kritisch** nach. Insbesondere wenn die **Ausbildung allgemeiner Natur** ist bzw. für ein besonders breites Spektrum von Berufstätigen relevant ist und damit der Bezug zur ausgeübten beruflichen Tätigkeit nicht eindeutig klar ist. So war es auch in einem vor dem BFG (GZ RV/7105509/2017 vom 23.5.2018) entschiedenen Fall eines Geschäftsführers im Neu- und Gebrauchtwagenhandel. Der Geschäftsführer machte dabei geltend, dass er aufgrund seiner Position mit zahlreichen Rechtsmaterien wie beispielsweise **Gewährleistung**, **Konsumentenschutz**, **Arbeitsrecht**, **Gewerberecht** oder **Unternehmensrecht** vertraut sein müsse. Seitens der Finanzverwaltung wurde hingegen argumentiert, dass rechtliches Wissen in jedem Tätigkeitsbereich von Vorteil sei bzw. keine Notwendigkeit bestehe, rechtliche Kenntnisse auf Hochschulniveau zu erwerben. Rechtliches Wissen in den notwendigen Teilbereichen könne daher **auch ohne Studium** angeeignet werden.

Das **BFG** **anerkannte** die **Kosten** des **Studiums** schließlich als **Werbungskosten**. Der Erwerb von juristischen Kenntnissen ist so wie jener von kaufmännischen oder bürotechnischen Fähigkeiten zu behandeln, für welche die **Lohnsteuerrichtlinien** (Rz 358) die **Vermutung eines Bezugs zur ausgeübten Tätigkeit** herstellen. Nur dann, wenn die Wissenserweiterung derart allgemein ist – z.B. bei einer AHS-Matura – scheidet ein Abzug als Werbungskosten aus. Für das BFG ist es auch evident, dass **weite Bereiche der juristischen Ausbildung** von einem Geschäftsführer eines Handelsbetriebes im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit **verwertet** werden können.

5.6 Mehrfache Konventionalstrafe als Abschreckung beim gemeinsamen Abwerben von Kollegen

Dienstverträge können es mitunter vorsehen, dass **Arbeitnehmer** zur Zahlung einer **Konventionalstrafe** (Pönale) verpflichtet werden, wenn sie während des Dienstverhältnisses wie auch **nach dessen Beendigung Mitarbeiter** direkt oder indirekt **abwerben** oder dies **versuchen**. Ähnliche Vereinbarungen (sogenannte **Mitarbeiterschutzklauseln**) gibt es auch zum Schutz von Handelspartnern bzw. **Kunden** des bestehenden bzw. früheren Arbeitgebers. Anders formuliert zählt das Unterlassen des Abwerbens von Arbeitskollegen zur arbeitsvertraglichen Pflicht eines Arbeitnehmers.

Der **OGH** hatte sich (GZ 9 ObA 87/18m vom 27.9.2018) mit einem dazu passenden Sachverhalt zu beschäftigen. Konkret war in den **jeweiligen Dienstverträgen** eines Ehepaars vereinbart, dass sie eine Konventionalstrafe in Höhe von 2.500 € pro Fall bezahlen müssen, wenn sie (auch nach Beendigung ihres eigenen Dienstverhältnisses) Mitarbeiter direkt oder indirekt abwerben bzw. abzuwerben ver-

suchen. Bedeutsam ist hierbei, dass **beide versucht haben, möglichst viele** ihrer ehemaligen **Teammitglieder** zu einem **Wechsel zum Konkurrenzunternehmen** zu bewegen.

Die Kernfrage im vorliegenden Fall ist die **Höhe der Konventionalstrafe**, wenn **mehrere Personen** an der Abwerbeaktion beteiligt sind und z.B. ein (ehemaliger) Arbeitskollege gleichzeitig von zwei Personen abgeworben wird. Als **Alternative zur doppelten Konventionalstrafe** bestünde auch die Möglichkeit, dass die **beiden Abwerbenden** für die Konventionalstrafe **solidarisch haften** und somit der Arbeitgeber die **Konventionalstrafe nur einmal** verlangen darf. Der Oberste Gerichtshof betonte in seiner Entscheidung, dass es für die **Konventionalstrafe nicht** einmal zum Eintritt eines **materiellen Schadens** beim Arbeitgeber kommen muss (keine Ausgleichsfunktion der Strafe sondern eine Pauschalierung des Schadenersatzanspruchs). **Sinn und Zweck** liegen vielmehr darin, den Arbeitnehmer von dem **ungewünschten Verhalten abzuhalten**.

Andernfalls würde die **Abschreckungsfunktion konterkariert** werden, wenn zwei Arbeitnehmer, die sich gesondert ausdrücklich zur Unterlassung von Abwerbungen verpflichtet haben, **bei gemeinsamer Abwerbung** eines Kollegen **nur solidarisch haften** würden. Schließlich könnten sich beide die dann nur einfache **Strafe** im Endeffekt **teilen**, wodurch die **Abschreckungsfunktion** erheblich **entwertet** wäre. Die **Abschreckungsfunktion** würde immer stärker an **Bedeutung verlieren**, je **mehr „Mittäter“** an der Abwerbeaktion beteiligt sind. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass oftmals die **Wahrscheinlichkeit steigt**, dass eine Person gemeinsam mit den Abwerbenden zu einem Konkurrenzunternehmen wechselt, umso **mehr Personen** auf sie **eingewirkt** haben. Der OGH entschied somit, dass **beide** Beteiligten **jeweils** gesondert die **Konventionalstrafe** an ihren ehemaligen Arbeitgeber **bezahlen müssen**.

6 Fokus Grundstücke und Immobilien

6.1 Liebhaberei bei der großen und kleinen Vermietung

Wird eine Tätigkeit als **steuerliche „Liebhaberei“** eingestuft, so dürfen daraus resultierende **Verluste nicht** mit anderen Einkünften **ausgeglichen** werden bzw. **nicht** in Folgejahre **vorgetragen** werden. So können etwa **Verluste** aus der **Vermietung und Verpachtung nicht** mit positiven steuerlichen Einkünften wie z.B. **Gehaltseinkünften ausgeglichen** werden und dadurch **Steuern gespart** werden. Andererseits sind **zufälligerweise resultierende Gewinne nicht steuerpflichtig**. Von **Liebhaberei** ist gemeinhin auszugehen, wenn eine Tätigkeit mittel- bis langfristig **keinen positiven Gesamterfolg** erwarten lässt.



©peterschreibermidias - Adobe Stock

Im Rahmen der **Vermietung und Verpachtung** muss grundsätzlich zwischen der „**großen Vermietung**“ und der „**kleinen Vermietung**“ unterschieden werden. Beide beinhalten unterschiedliche Anforderungen wie z.B. verschiedenen lange Betrachtungszeiträume. Noch **vor** der eigentlichen **Liebhabe**reithematik wird die **Abzugsfähigkeit von Werbungskostenüberschüssen** bei der Überlassung von Immobilien in einigen Situationen kritisch gesehen und kann zur **steuerlichen Negierung von Werbungskostenüberschüssen** führen. Dies droht etwa bei mangelnder Vermietungsabsicht, bei **fremdunüblichen Vertragsgestaltungen** gegenüber Nahestehenden, bei Wohnraumversorgung für nahe Angehörige in Erfüllung einer Unterhaltspflicht oder auch bei der Nutzung zu eigenen Wohnzwecken (z.B. bei der gemeinsamen Ehwohnung).

Die **große Vermietung** i.S.d. Liebhaberei stellt die **entgeltliche Gebäudeüberlassung** dar, welche nicht mit der Bewirtschaftung von Eigenheimen, Eigentumswohnungen und Mietwohngrundstücken mit qualifizierten Nutzungsrechten zusammenhängt (typischerweise die erwerbswirtschaftliche **Vermietung von Geschäfts- und Büroobjekten**). Bei der großen Vermietung wird **grundsätzlich** eine steuerlich relevante **Einkunftsquelle** angenommen – dennoch gibt es **keinen** (geschützten) **Anlaufzeitraum**, innerhalb dessen jedenfalls von einer Einkunftsquelle ausgegangen werden kann. Generell kommt es darauf an, ob die **Betätigung** in der konkret gewählten **Bewirtschaftungsart geeignet** ist, innerhalb des absehbaren Zeitraums einen **Gesamtgewinn** (Gesamt-Einnahmenüberschuss) zu **erwirtschaften**. Bei der **großen Vermietung** beträgt dieser Zeitraum **25 Jahre** ab Beginn der entgeltlichen Überlassung bzw. **maximal 28 Jahre** ab dem erstmaligen Anfallen von Aufwendungen (Ausgaben). Hierbei kommt eine stichtagsbezogene Betrachtung zur Anwendung.

Die sogenannte **kleine Vermietung** umfasst beispielsweise die **Vermietung von Ein- und Zweifamilienhäusern, Ferienhäusern, Bungalows, Eigentumswohnungen** (unabhängig von der Anzahl der in einem Gebäude gelegenen Eigentumswohnungen), einzelnen Appartements etc. Bei der kleinen Vermietung ist verstärkt auf die **bloße Eignung** für die **private bzw. familiäre Nutzung** abzustellen. Unterschied zur großen Vermietung ist, dass hierbei **im Falle von Verlusten grundsätzlich von Liebhaberei auszugehen** ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Liebhabereivermutung zu widerlegen. Als **Zeitraum** für die **Erzielung eines Totalüberschusses** bei der kleinen Vermietung gelten **20 Jahre** ab Beginn der entgeltlichen Überlassung bzw. **höchstens 23 Jahre** ab dem erstmaligen Anfallen von Aufwendungen (Ausgaben) – es gilt ebenso eine **stichtagsbezogene Betrachtung**.

Mittels einer **Prognoserechnung** kann Liebhaberei entkräftet werden, da **nachgewiesen** wird, dass innerhalb eines absehbaren Zeitraums eine **Einkunftsquelle** vorliegt. Neben den in den **Liebhabereirichtlinien** genannten Elementen (z.B. sind Art und Ausmaß der Bemühungen zur Verbesserung der Ertragslage durch strukturverbessernde Maßnahmen, wie etwa Rationalisierungsmaßnahmen, zu berücksichtigen) stellen sich folgende **Anforderungen** an eine **plausible Prognoserechnung**: Einbeziehung aller Jahre der Betätigung; Einbeziehung von **Reparaturen** und **Instandsetzungsaufwendungen** nach einem angemessenen (nicht willkürlich verschiebbaren) Zeitraum; Ansatz **realistischer Mietzinssteigerungen**; Berücksichtigung des **Mietausfallsrisikos**; Ansatz realistischer Fremdkapitalzinsen und Fremdwährungsrisiken sowie Orientierung an tatsächlichen Verhältnissen. Für die **große Vermietung** gelten diese Anforderungen genauso – allerdings gibt es einnahmenseitig eine **Besonderheit** bei **gesetzlich beschränkten Mietzinsen** i.S.d. MRG. Im Rahmen der Prognoserechnung müssen **beschränkte Mietzinse durch marktübliche Mieten** ersetzt werden. Grundsätzlich entscheidet über den **Erfolg der Prognoserechnung, ob und wann** die **Verluste** durch **spätere**

Überschüsse ausgeglichen werden können. **Nicht berücksichtigt** werden dürfen im Rahmen der Prognoserechnung jedoch die **Erlöse aus der Veräußerung des Mietobjekts**. Wird eine Vermietung **zunächst** als **Einkunftsquelle** eingestuft, bleiben jedoch die Jahresergebnisse hinter der Prognose zurück, so ist zu prüfen, ob der ursprünglich absehbare Zeitraum eingehalten werden kann. Wird die **Prognose** allein aufgrund von „**Unwägbarkeiten**“ wie z.B. höherer Gewalt/Naturkatastrophen oder einer nicht erkennbaren Insolvenz von Mietern verfehlt, spricht dies **gegen Liebhaberei**.

6.2 Unbeschränkte Steuerpflicht für Hauptwohnsitzbefreiung

Seit Einführung der **Immobilienveräußerungssteuer** für **private Grundstücksveräußerungen** haben sich rund um die Geltendmachung der **Hauptwohnsitzbefreiung** in der Praxis **zahlreiche Zweifelsfragen** ergeben, die in den letzten Jahren oftmals auch die (Höchst)Gerichte beschäftigt haben. Bekanntermaßen ist es für die Anwendbarkeit der **Befreiung von der Immobilienveräußerungssteuer** durch die Hauptwohnsitzbefreiung erforderlich, dass die Immobilie dem Veräußerer ab der Anschaffung oder Herstellung (Fertigstellung) bis zum Verkauf für **mindestens zwei Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz gedient** haben muss und mit dem Verkauf der **Hauptwohnsitz aufgegeben** wird. Ebenso kommt es zur **Befreiung**, wenn der Hauptwohnsitz aufgegeben wird und das Immobilienobjekt **innerhalb der letzten zehn Jahre** vor der Veräußerung **mindestens fünf Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz gedient** hat (diese Form der Befreiung bedingt keine unmittelbare zeitliche Nutzung als Hauptwohnsitz vor der Veräußerung). Hinsichtlich der zeitlichen Nähe zwischen Veräußerung und Aufgabe (dieses) Hauptwohnsitzes gilt eine **Toleranzfrist von 1 Jahr ab Kaufvertragsdatum**. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kommt es zur steuerlichen **Freistellung** des **Veräußerungserlöses** aus Eigenheimen bzw. Eigentumswohnungen **samt Grund und Boden**. Neben der Hauptwohnsitzbefreiung gibt es auch die Herstellerbefreiung. Die **Herstellerbefreiung** umfasst **nur den Gebäudeanteil** (Veräußerung von selbst hergestellten Gebäuden) und setzt voraus, dass sie innerhalb der letzten zehn Jahre **nicht zur Erzielung von Einkünften** gedient haben.

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7105501/2016 vom 16.5.2018) mit einem Fall auseinanderzusetzen, in dem mit Hinweis auf die durchgehende fünfjährige Nutzung als Hauptwohnsitz die Befreiung von der Immobilienveräußerungssteuer zur Anwendung kommen sollte. Im Detail wollte ein **leitender Beamter einer internationalen Organisation** mit Sitz in Wien, der nach seiner mehrjährigen Tätigkeit in Österreich mit seiner Familie nach Australien übersiedelte, besagte Steuerbefreiung geltend machen. Wenngleich die **fünfjährige Nutzung der Wohnung** in Österreich **unbestritten** war, **verneinte** das **Finanzamt** die **Befreiung** mit Hinweis auf die **besondere steuerliche Situation** des leitenden Beamten und nigerianischen Staatsbürgers. Leitende Beamte mit einer „**roten Legitimationskarte**“ genießen in Österreich – wie auch z.B. **Diplomaten** – besondere **Privilegien und Immunitäten**. Aus **steuerlicher** Sicht gelten **Sonderregelungen** („Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen“), sodass diese Personen, welche **weder österreichische Staatsbürger noch** in Österreich **ständig ansässig** sind, nur mit ihren inländischen Einkünften gem. § 98 EStG (d.h. im Rahmen der **beschränkten Steuerpflicht**) **steuerpflichtig** sind. Darüber hinaus sieht Österreich eine **Befreiung der Dienstbezüge** vom Entsendestaat vor. Einkünfte aus Drittstaaten dürften sowieso nicht in Österreich besteuert werden, da die **beschränkte Steuerpflicht niemals** das **Welteinkommen** umfassen kann. Wie schon der VwGH vor geraumer Zeit zum Ausdruck gebracht hatte, **verzichtet Österreich** bei diesen Personen aufgrund völkerrechtlicher Verträge auf sein grundsätzliches **Recht**, deren **sämtliche**

Einkünfte zu besteuern – und zwar **auch** dann, **wenn** diese Personen im Inland einen **Wohnsitz** oder ihren **gewöhnlichen Aufenthalt haben**. Es ist daher **beschränkte Steuerpflicht trotz Wohnsitzes im Inland** gegeben und die entsprechenden Bestimmungen müssen angewendet werden.

Das BFG betonte in seiner Entscheidungsfindung, dass im vorliegenden Fall Österreich auf die unbeschränkte Einkommensbesteuerung verzichtet und daher ein **Fehlen der unbeschränkten Steuerpflicht in Österreich** seitens des ehemals leitenden Beamten anzunehmen ist. **Ohne unbeschränkte Steuerpflicht** können jedoch Vorschriften, welche die unbeschränkte Steuerpflicht voraussetzen (wie etwa die **Hauptwohnsitzbefreiung**), **nicht zur Anwendung kommen**. Der leitende Beamte war nämlich in Österreich nicht unbeschränkt steuerpflichtig, da Österreich auf die unbeschränkte Einkommensbesteuerung wirksam verzichtet hat. Anders ausgedrückt kann er **keinen Wohnsitz in Österreich haben**, da er **wie ein beschränkt Steuerpflichtiger** zu behandeln ist und daher **im Umkehrschluss weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben kann**. Im Endeffekt blieb die bereits entrichtete Immobilienertragsteuer (die beschränkte Steuerpflicht umfasst auch Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen) als steuerliche Belastung aufrecht – die **Hauptwohnsitzbefreiung kam nicht zur Anwendung**.

6.3 Vorübergehende Abmeldung des Hauptwohnsitzes – Auswirkungen auf Hauptwohnsitzbefreiung

Der **Verwaltungsgerichtshofs** (GZ Ra 2018/15/0111 vom 27.2.2019) hatte sich mit der Anwendbarkeit der **Hauptwohnsitzbefreiung** bei **nur vorübergehender Abmeldung des Hauptwohnsitzes** zu befassen. Im Detail hatte der Eigentümer einer Eigentumswohnung, in der er seinen **Hauptwohnsitz** hatte, diesen im Zuge des **Scheidungsverfahrens** für eine **kurze Zeit** (etwas mehr als ein Monat) **abgemeldet** und in der Wohnung lediglich einen **Zweitwohnsitz gemeldet**. Seitens der **Finanzverwaltung** wurde daraufhin die **Hauptwohnsitzbefreiung verwehrt**. Im Verfahren argumentierte der Wohnungseigentümer, dass er **eigentlich** seinen **Hauptwohnsitz** in der Wohnung **nie aufgegeben** hat, weil seine Kinder durchgehend in der Wohnung gewohnt haben. Der „**Auszug**“ in die Wohnung seines Vaters sei daher **nur vorübergehend und kurzfristig** erfolgt.

Der **Begriff** des „**Hauptwohnsitzes**“ wird im EStG **nicht näher bestimmt**. Nach Ansicht des VwGH ist es im konkreten Fall daher entscheidend, ob der Verkäufer **weiterhin** in der gegenständlichen Wohnung einen **Wohnsitz** im Sinne des § 26 BAO innehatte und zudem, ob er weiterhin die **engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen** zu dieser Wohnung hatte. Dies selbst vor dem Hintergrund, dass eine tatsächliche Benützung der Wohnung nicht ununterbrochen erfolgt ist. In dem an das **Finanzamt zurückverwiesenen Verfahren** wird daher **zu klären** sein, ob der Verkäufer die **engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zur verkauften Wohnung** (zum gemeldeten Zweitwohnsitz, in welchem seine **Familie gewohnt** hat) **oder** zum **formalen Hauptwohnsitz** bei seinem Vater hatte. Der VwGH hat jedoch klar ausgesprochen, dass der **formalen Meldung des Hauptwohnsitzes allein keine materielle Bedeutung** zukommt. Die **polizeiliche An- und Abmeldung** kann dabei **lediglich als Indiz** dienen.

6.4 Immobilienertragsteuer – Aufgabe des Hauptwohnsitzes als zwingende Voraussetzung

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7104377/2017 vom 21.2.2019) mit dem Fall auseinanderzusetzen, in dem eine **Wohnung** aufgrund finanzieller Schwierigkeiten **veräußert** werden musste und die Steuerpflichtige die **Wohnung** vom Käufer **in Folge zurückmietete**, um weiterhin in der Wohnung bleiben zu können. Demnach war sowohl vor als auch nach der Veräußerung der **Hauptwohnsitz in dieser Wohnung**. Die von ihr geltend gemachte Hauptwohnsitzbefreiung wurde vom Finanzamt allerdings nicht anerkannt. Im Zuge der Entscheidungsfindung betonte das BFG, dass der **Sinn und Zweck der Hauptwohnsitzbefreiung** darin besteht, dass der **Veräußerungserlös ungeschmälert zur Schaffung eines neuen Hauptwohnsitzes** zur Verfügung steht. Dies deshalb, da **regelmäßig** mit der Schaffung eines neuen Hauptwohnsitzes, zusammen mit dessen Verlegung, **hohe finanzielle Aufwendungen** verbunden sind, wie etwa der **Erwerb** selbst oder auch die Ausstattung (auch bei der Einrichtung einer neu angemieteten Wohnung).

Ein solches **Finanzierungserfordernis** besteht gerade dann **nicht**, wenn eine **Wohnung** unmittelbar **nach der Veräußerung** im Rahmen eines **Mietverhältnisses weiterbenutzt** wird. Das BFG ging davon aus, dass **im konkreten Fall** nämlich keine höheren Belastungen durch Erwerb von Eigentum bzw. Ausstattung einer neuen Mietwohnung entstanden, sondern dass **beabsichtigt** wurde, die durch den Verkauf der Eigentumswohnung **freiwerdenden Mittel für andere Zwecke verwenden** zu können (beispielsweise zur Entschuldung von auf der Liegenschaft befindlichen Lasten). Im Endeffekt ist die **Hauptwohnsitzbefreiung** bei Weiterbenutzung der veräußerten Wohnung (als Hauptwohnsitz) nicht anwendbar – daran ändert auch nichts, dass die Hauptwohnsitzbefreiung im Falle der Veräußerung und nachgehender Nutzung als Nebenwohnsitz zur Anwendung kommen würde.

6.5 Wirtschaftliche Belastung nicht maßgeblich für Hauptwohnsitzbefreiung

Das **Bundesfinanzgericht** hatte sich (GZ RV/5100672/2018 vom 12.7.2018) mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem ein Steuerpflichtiger seinen Hauptwohnsitz aufgrund von familiären Streitigkeiten aufgeben musste und aus dem **gemeinsamen Haushalt auszog**. Für die Veräußerung des zu Beginn gemeinsam genutzten Reihenhauses sollte die Hauptwohnsitzbefreiung geltend gemacht werden. Das **BFG** sah jedoch **keine** der beiden **Befreiungstatbestände als erfüllt** an. Die geforderte **fünffährige durchgehende Nutzung** war weder vor Auszug aus dem Reihenhaus noch während des zweiten Einzugs in das Reihenhaus (ohne früherer Lebensgefährtin) erfüllt – selbst dann nicht, wenn man entgegen der Bestimmung die beiden Zeiträume zusammenzählen würde. Dabei macht es auch **keinen Unterschied**, dass der Steuerpflichtige auch **während seines Auszugs** aus dem Reihenhaus **weiterhin** die **Kreditraten** begleichen musste – der Zeitraum einer solchen **wirtschaftlichen Belastung** hat **keine Relevanz für die Geltendmachung der Hauptwohnsitzbefreiung**.

6.6 Keine Herstellerbefreiung für den Rechtsnachfolger bei unentgeltlichem Erwerb

Das **Bundesfinanzgericht** hatte sich (GZ RV/5100552/2016 vom 22.11.2018) mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem die Tochter von ihren Eltern ein **Gebäude** im Jahr 1994 **geschenkt** bekommen hatte und die Tochter 20 Jahre später bei der **Veräußerung des Gebäudes** die **Herstellerbefreiung** steuerlich geltend machen wollte.

Kernfrage dabei ist, ob die **Herstellerbefreiung** ein **höchstpersönliches Recht** ist und nur dem tatsächlichen Hersteller zusteht oder ob diese **Begünstigung** auch **auf den unentgeltlichen Erwerber** des Gebäudes übergehen kann. Das BFG betonte, dass es bei der Befreiung darauf ankommt, ob bei der **Errichtung des Gebäudes** das (finanzielle) **Baurisiko getragen** wurde – indem man das **Gebäude selbst errichtet** hat oder es von einem Bauunternehmer hat errichten lassen. Sinn und Zweck der Bestimmung ist die **Begünstigung für den Errichter selbst**, der die **eigene Arbeitskraft** eingesetzt hat bzw. die **tatsächliche Wertschöpfung bewirkt** hat. Während auch bei der Anschaffung, beispielsweise eines Fertigteilhauses, ein vom Bauherrn getragenes allfälliges finanzielles Risiko unterstellt werden kann, ist **bei einem unentgeltlichen Erwerber kein solches Risiko** gegeben.

Trotz teilweise gegenteiliger Literaturmeinung ist zu beachten, dass auch der **Gesetzestext** von „**selbst hergestellten Gebäuden**“ als Voraussetzung für die Befreiung von der Immobilienertragsteuer spricht. Im Endeffekt handelt es sich **sowohl** bei der **Hauptwohnsitzbefreiung** **als auch** bei der **Herstellerbefreiung** um ein **höchstpersönliches Recht**, welches **durch Verschenken oder Vererben** jedenfalls **untergeht**. Dies steht im Gleichklang mit den **Einkommensteuerrichtlinien**, welche die **Befreiung nur dem Errichter (Hersteller)** selbst **zubilligen** und einen Übergang der Befreiung auf den unentgeltlichen Erwerber (wenn der Rechtsvorgänger ein Gebäude selbst hergestellt hat) bei Veräußerungen seit 1.1.2013 nicht vorsehen.

6.7 Vorvertrag ist für die Immobilienertragsteuer unbeachtlich

Seit **1.4.2012** unterliegen sämtliche **Gewinne** aus der **Veräußerung von Grundstücken** grundsätzlich der **Immobilienertragsteuer**, sofern nicht ein Befreiungstatbestand gegeben ist. Insbesondere der **Hauptwohnsitzbefreiung** bzw. der **Herstellerbefreiung** kommen in diesem Zusammenhang erhebliche Bedeutung zu. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Immobilienertragsteuer sind mit 1.4.2012 in Kraft getreten, wobei **Grundstücksverkäufe**, welche **nach diesem Stichtag** abgeschlossen werden, der Steuer unterworfen werden. Bei **Neugrundstücken**, welche **nach dem 31. März 2002** angeschafft wurden, kommt beim Verkauf ein **Steuersatz von 30%** auf den **Veräußerungsgewinn** zu tragen. Bei sogenannten Altgrundstücken (Ankauf vor dem 31. März 2002) wird die Bemessungsgrundlage für die Immobilienertragsteuer pauschal mit **14%** des **Veräußerungserlöses** angenommen. Durch den besonderen Steuersatz von 30% ergibt sich hier eine **Steuerbelastung von 4,2%** vom **Veräußerungserlös**.

Der **VwGH** (GZ Ra 2017/15/0098 vom 3.4.2019) beschäftigte sich mit einem Fall, in dem ein **Vorvertrag** über den **Verkauf eines Grundstücks vor dem 1.4.2012 abgeschlossen** worden war. Der tatsächliche Kaufvertrag kam aber erst nach diesem Stichtag zu Stande. Das **Finanzamt** ging davon aus,

dass der tatsächliche **Kaufvertrag** für den Zeitpunkt der Besteuerung **maßgeblich** sei und schrieb Immobilienertragsteuer vor. Das **BFG** schloss sich dieser Meinung an. Der Steuerpflichtige argumentierte hingegen, dass auch im **alten Regime der Spekulationssteuer** aufgrund der Rechtsprechung (VwGH GZ 87/13/0096 vom 9. 11.1988) der **Vorvertrag** für den Zeitpunkt der Besteuerung **maßgeblich** gewesen sei.

Der **VwGH** wick in seinem Urteil im Ergebnis **von dieser alten Rechtsprechung ab. Maßgeblich** für die **Immobilienertragsteuer** ist das **tatsächliche Verpflichtungsgeschäft**. Vorverträge sind im Regelfall auf den künftigen Abschluss von Kaufverträgen gerichtet und vermitteln noch keinen klagbaren und durchsetzbaren Anspruch auf Übertragung einer Liegenschaft. **Maßgeblich** für Zwecke der Immobilienertragsteuer ist die Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums. Somit schränkt der VwGH durch sein Urteil ein Abweichen von zivilrechtlichem Eigentum und wirtschaftlichem Eigentum weiter ein. Ein **Auseinanderfallen** von **zivilrechtlichem** und **wirtschaftlichem Eigentum** ist **nur** noch dann **anzunehmen**, wenn ein **anderer** als der zivilrechtliche Eigentümer insbesondere die **volle Verfügungs- und Nutzungsmöglichkeit** bzw. die Möglichkeit des uneingeschränkten Lukrierens von Wertsteigerungen hat und auch die **Vermögensminderungen** beim **Absinken des Wertes** tragen muss. Da diese **Kriterien** bei der Konstruktion eines **Vorvertrags nicht erfüllt** sind, kann die mit dem wirtschaftlichen Eigentum argumentierende alte Rechtsprechung des VwGH zu Vorverträgen nicht mehr ins Treffen geführt werden.

Die **private Grundstücksveräußerung** nach § 30 EStG wird also **nicht durch** einen **Vorvertrag**, sondern durch das **tatsächliche Verpflichtungsgeschäft** auf Übertragung eines Grundstückseigentums, in der Regel den **Kaufvertrag, getätigt**. Damit besteht ein **Gleichklang mit der Grunderwerbsteuer**, bei der ebenfalls auf den Kaufvertrag und nicht auf den Vorvertrag abgestellt wird.

7 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

7.1 Sozialversicherungswerte 2020

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,031** betragen die Sozialversicherungswerte für 2020 **voraussichtlich** (in €):

	2020	2019
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	460,66	446,81
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	690,99	670,22
Höchstbeitragsgrundlage täglich	179,00	174,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	5.370,00	5.220,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	10.740,00	10.440,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	6.265,00	6.090,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

7.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Zuletzt mit dem **Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014** wurden die Größenklassen für Kapitalgesellschaften geändert und mit den **Kleinstkapitalgesellschaften** (Micros) eine neue Größenklasse eingeführt. Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	350.000	700.000	10
Klein	bis 5.000.000	bis 10.000.000	bis 50
Mittelgroß	bis 20.000.000	bis 40.000.000	bis 250
Groß	> 20.000.000	> 40.000.000	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**“) die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von konsolidierten oder aggregierten Werten zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

7.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Beschwerdezinssatz

Aufbauend auf dem **negativen Basiszinssatz** von **-0,62%** sind die daran gekoppelten **Jahreszinssätze** für Stundungszinsen, Aussetzungszinsen, Anspruchszinsen und Beschwerdezinssätze in der Tabelle dargestellt.

	Seit 16.6.2016
Stundungszinsen	3,88 %
Aussetzungszinsen	1,38 %
Anspruchszinsen	1,38 %
Beschwerdezinsen	1,38 %

Bekanntlich werden **Stundungszinsen** für die Stundung von Steuerschulden verrechnet. **Aussetzungszinsen** fallen dann an, wenn gegen eine Steuernachzahlung das Rechtsmittel der Beschwerde ergriffen wird und anstatt einer Stundung bis zur Entscheidung über die Beschwerde eine Aussetzung der Einhebung beantragt wird. **Anspruchszinsen** werden für Steuernachzahlungen und Steuergutschriften bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ab dem 1.10. des Folgejahres angelastet bzw. gutgeschrieben. Derartige **Anspruchszinsen** sind **weder steuerlich abzugsfähig noch** im Falle einer Gutschrift **steuerpflichtig**. Bis zu einem Betrag von 50 € werden **keine Zinsen** festgesetzt.

Steuertermine 2020

Jänner	Fälligkeiten	15.1. USt für November 2019 Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2019
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2019 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	17.2. USt für Dezember 2018 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner ESt-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel 29.2. Pflichtversicherung SVA
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2019 (E18) in Papierform Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2019 Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2019 (pro Registrierkasse) 29.2. Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA 29.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten 29.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
März	Fälligkeiten	16.3. USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2019 bei Stadtkasse/Gemeinde
April	Fälligkeiten	15.4. USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2019 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	15.5. USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April ESt-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel 31.5. Pflichtversicherung SVA
	Fristen und Sonstiges	15.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
Juni	Fälligkeiten	15.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2019 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2019 aus Nicht-EU-Ländern

Juli	Fälligkeiten	15.7. USt für Mai Lohnabgaben für Juni
	Fälligkeiten	17.8. USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel 31.8. Pflichtversicherung SVA
August	Fälligkeiten	15.9. USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2019 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline) Bis 30.9. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2019 Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2020 für Einkommen- und Körperschaftsteuer
September	Fälligkeiten	15.10. USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2019 bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
Oktober	Fälligkeiten	16.11. USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel 30.11. Pflichtversicherung SVA
	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
November	Fristen und Sonstiges	bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2015 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft
	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
Dezember	Fristen und Sonstiges	bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2015 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft
	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November

Unsere Leistungen umfassen:

STEUERBERATUNG

Verschwiegen, integer, kompetent und dabei humorvoll; immer mit einem kleinen Lächeln an Ihrer Seite. Als Steuerberaterin vertrete ich Sie vor Behörden und Gerichten, wahre Ihre steuerliche Privatsphäre und helfe Ihnen Ihre Steuerlast zu optimieren.

FINANZIERUNGSBERATUNG

Eine solide Finanzierungsstruktur ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Art und Höhe des Fremdkapitals, Fristigkeiten der Verbindlichkeiten, die Nutzung der verschiedensten Formen der Finanzierung wie Leasing, Factoring oder Beteiligungsfinanzierung, haben großen Einfluss auf die Bonität eines Unternehmens. Die Finanzierungsstruktur wirkt sich darüber hinaus direkt auf die Bonitätsbeurteilung und damit auf die Höhe Ihrer Fremdkapitalzinsen und Ihrer Kreditwürdigkeit aus. Im Hinblick auf die neuen EU-Richtlinien für das Risikomanagement der Banken hat sich die Praxis der Kreditvergabe nachhaltig verändert. Gerade die Finanzierungsstruktur muss doppelt und dreifach gut geplant werden.

FÖRDERBERATUNG

Unabhängig davon, ob Ihre Unternehmensidee gerade erst entwickelt wurde oder sie sich schon seit Jahren im Geschäftsalltag bewährt hat: Es gibt für fast jedes Vorhaben, für nahezu jede Investition finanzielle Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden oder auch der Europäischen Union.

KONZEPTIONIERUNG BP & BUSINESS PLAN CANVAS

Aller Anfang muss nicht schwer sein. Nach dem Motto professionell geplant, ist halb gewonnen, erarbeiten wir mit Ihnen gerne Ihren Business Plan. Gerade wenn Sie diesen für Finanzierungen, Fördermittel, Kredite oder Zuschüsse benötigen, ist es von Vorteil dies mit fachkundiger Begleitung zu machen.

GRÜNDUNGSBERATUNG

Herzliche Gratulation! Sie spielen mit dem Gedanken sich selbständig zu machen und Ihr eigenes Unternehmen zu gründen, benötigen aber noch den einen oder anderen Tipp? Gerade während der Gründungsphase eines Unternehmens ist es vorrangig, rechtliche und finanzielle Herausforderungen zu bewältigen und die Weichen für die Zukunft überlegt zu stellen.

UNTERNEHMENSBERATUNG

Die 360-Grad Betreuung erschöpft sich nicht nur in der Existenzgründung und Steuerberatung, sondern bietet gerade auch etablierten Unternehmen pro-aktive Informationen und Erkenntnisse über betriebliche Fehlentwicklungen an. Oberstes Credo ist hier: Frühzeitiges Erkennen und gemeinsam geplantes Gegensteuern.

BARRIEREFREIE BERATUNG

Da die Kanzlei in einem sehr alten Gebäude angesiedelt ist und es „Stolpersteine“ für beeinträchtigte Personen gibt, bin ich gerne bereit, einen Beratungstermin bei Ihnen zu Hause zu machen.



Business Planner

CHRISTIANE HOLZINGER

360 Business Planner
Steuerberatung GmbH

Mag. Christiane Holzinger

Karfreitstraße 17, 1.Stock, 9020
Klagenfurt am Wörthersee

T +43 463 34 83 88 10

office@360planner.at

www.360planner.at

youtube: 360*TaxTV

